

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 3/2023



Tagung „Protest! Aufstand und Aufbegehren in Diktatur und Demokratie“

Forschungsstudie sucht Zeitzeugen zum Thema Zwangsadoption

Appell zum 70. Jahrestag des Volksaufstandes am 17. Juni 1953

Zu Gast bei der letzten „Weißen Rose“ in den USA

Inhalt

Aktuell

- 3 Tagung „Protest! Aufstand und Aufbegehren in Diktatur und Demokratie“
Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Leipzig
- 4 70. Jahrestag des DDR-Volksaufstands vom 17. Juni 1953
Worte finden für das Schweigen
„Mein Kiez. Geschichte(n) des geteilten Berlins“
- 5 Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus
Sonderausstellung „Kyjiw im Jahr 2014 – Revolution der Würde“
Historischer Kalenderdienst
der Bundesstiftung Aufarbeitung Berlin
Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden

Recht

- 6 Beratung für Opfer von SED-Unrecht
durch die Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt
Beratungstage Landkreis Lüchow-Dannenberg
- 7 Anerkennung und Wiedergutmachung
für ehemalige DDR-Heimkinder unzureichend

Aufarbeitung

- 7 Bundesstiftung Aufarbeitung fördert Erinnerungsprojekte
an der ehemaligen innerdeutschen Grenze
- 8 Gedenktafel LETZTE ADRESSE in Altentreptow unerwünscht –
Stolpersteine unerwünscht?
Oberbürgermeister Karsten Vogt übernimmt Schirmherrschaft
für das Bautzen-Komitee e.V.
Zurück in die Vergangenheit – Sowjet-Deutschland?
- 9 Letzte Station Torgau. Eine kalte Umarmung
JAHRESTAGE

Berichte

- 10 Horst Seehofer – ein absolut verlässlicher Ansprechpartner
der Heimatvertriebenen und Aussiedler
- 12 „Geteilte Erfahrungen – Fortschreibung des Berichtes zur
sozialen Lage der Opfer des SED-Regimes in Thüringen

Geschichte

- 13 Zu Gast bei der letzten „Weißen Rose“ aus dem
Frauenzuchthaus Cottbus in den USA

Verbände

- 16 Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung
der SED-Diktatur trauert um Günter Gasch
Forschungsstudie sucht Zeitzeuginnen und Zeitzeugen
zum Thema Zwangsadoption
- 17 Appell zum 70. Jahrestag des Volksaufstandes
Letztes Mitglied der Widerstandsgruppe
Weiße Rose verstorben
- 18 Neuer Beauftragter für die deutschen Heimatvertriebenen,
Aussiedler und Spätaussiedler am 17. Juni 1953
Farbanschlag auf das Gräberfeld „Karnickelberg“

Service/Bücher

- 19 Nachruf auf den wichtigsten Doping-Aufklärer Deutschlands
- 20 Jena-Paradies. Die letzte Reise des Matthias Domaschk
Aussöhnungspolitik als Handlungstheorie
- 21 Abgeholt – verschwunden – hingerichtet
Friedensgemeinschaft Jena 1983 – Zeitzeugen-Interviews
- 22 Zwischen Fahneid und Hippokrates
- 23 Schwarzbuch Putin

Umschlagbild

„HAGAMOS EL AMOR y NO LA GUERRA“ (Wir brauchen Liebe und keinen Krieg). Graffiti im Skulpturenpark von Vallehermoso auf La Gomera (Kanarische Inseln) unterhalb des Roque Cano. Foto: Henning Pietzsch

Editorial

Liebe Mitglieder der UOKG,
verehrte Leser des Stacheldrahts,

heute möchte ich Sie über eine sehr unangenehme Angelegenheit informieren. Die Bild-Zeitung hat über zwölf Jahre mit Fragen, Beschwerden und Klagen versucht, von der Landesregierung Brandenburg Auskünfte über aktive Richter zu erhalten, die in der DDR über eine MfS-Vergangenheit verfügen oder verfügten. Ziel war herauszufinden, ob und welche Richter mit MfS-Vergangenheit an Rehabilitierungsverfahren beteiligt waren.

Kürzlich hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte nun entschieden, dass das Land Brandenburg seiner Auskunftspflicht nicht ausreichend bisher nachgekommen ist. Allerdings hätte die Bild-Zeitung keinen Anspruch darauf, die Namen der Richter zu erfahren, so das Urteil. Soweit, so gut oder auch so schlecht. Das Problem liegt nun darin, dass bis zu 13 Richter, die nachweislich eine MfS-Vergangenheit aufweisen, auch in vermutlich zahlreichen Rehabilitierungsverfahren von SED-Opfern als Richter tätig waren. Nun weiß jedes Kind in Deutschland, dass die Objektivität und Unbefangenheit von Richtern oberstes Gebot ist. In vielen Verfahren greifen Verteidiger immer wieder dazu, Richter für befangen zu erklären, weil sie sich zum Beispiel öffentlich in bestimmter Weise geäußert haben. Ob dies dann zum Erfolg führt, ist eine andere Frage.

In Brandenburg hatten jedoch weder Antragsteller noch die anwaltliche Vertretung auch nur einen Schimmer darüber, dass sie möglicherweise einem Richter gegenüber sitzen, der tief in das SED-Regime verstrickt war. Die Frage der Unvoreingenommenheit und der Objektivität drängt sich hier nicht nur unmittelbar auf. Sie ist unausweichlich und verpflichtend, wenn Antragsteller, die ihre berechtigten Interessen durchsetzen wollen, davon gewusst hätten. Dann wäre die Frage nach der Befangenheit der jeweiligen Richter zwingend gewesen.

Nun ist es aber so gelaufen wie es gelaufen ist. Damit kann es aber nicht sein Bewenden haben. Ich habe vor einigen Tagen den Rechtsausschuss des Brandenburger Landtages, die Brandenburger Justizministerin, Susanne Hoffmann (CDU), sowie den Brandenburger Richterbund schriftlich ersucht, alle Entscheidungen, an denen diese Richter beteiligt



Foto: Dombrowski

waren, einer unabhängigen Überprüfung zu unterziehen. Dies soll keine Vorverurteilung der möglichen Richter mit MfS-Vergangenheit sein. Es kann aber nicht sein, dass in einem demokratischen Rechtssystem wie dem unserem, wo Unvoreingenommenheit und Objektivität der Richter oberstes Gebot sind, Richter tätig sind, die ganz offensichtlich befangen waren und sind.

Es geht nicht allein um die juristische Qualifikation der Richter. Das ehemalige Richter mit MfS-Vergangenheit in angestrebten Rehabilitationsverfahren nicht objektiv entscheiden können, erscheint mir dringend angezeigt. Ich bin deshalb fest entschlossen, diese Angelegenheit zu einer Klärung zu bringen. Möglicherweise werden meine drei Anschreiben vorerst nicht das gewünschte Ergebnis erzielen. Darum sollten wir uns schon jetzt darauf vorbereiten, gegebenenfalls eine entsprechend größere Kampagne zu etablieren, möglicherweise auch in Verbindung mit „touristischen Aktivitäten“, um eine Überprüfung der bisherigen richterlichen Entscheidungen notfalls zu erstreiten.

Darum bitte ich Sie herzlich, liebe Mitglieder der UOKG und Leser des Stacheldrahts, um Ihre Unterstützung und, sofern Sie können, auch um ihre finanzielle Unterstützung durch eine Spende. Das Spendenkonto der UOKG ist auf der Rückseite des Stacheldrahts – Verwendungszweck: „Spende UOKG“ – angegeben.

Der Bundestag wird auf unsere Initiative hin am 16. Juni 2023 eine Gedenkstunde abhalten zu Ehren der aufrechten Frauen und Männer, die am 17. Juni 1953 gegen das SED-Regime aufbegehrt haben.

Seien Sie alle herzlich begrüßt
Ihr Dieter Dombrowski

Tagung „Protest! Aufstand und Aufbegehren in Diktatur und Demokratie – Geschichte und Gegenwart“

Im Jahr 2023 realisieren die Deutsche Gesellschaft e. V., die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und die Berliner Landeszentrale für politische Bildung eine Tagung unter dem Titel „Protest! Aufstand und Aufbegehren in Diktatur und Demokratie – Geschichte und Gegenwart“.

Ziel der partizipativen Veranstaltung ist es, ausgehend vom Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in der DDR einen Beitrag zu einer vielfältigen Auseinandersetzung mit weltweiten Protestbewegungen in Vergangenheit und Gegenwart zu leisten.

Ort: Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Kronenstraße 5, 10117 Berlin

Zeit: 25. Mai 2023
(10:00–19:30 Uhr)

Der Eintritt ist frei – um Anmeldung wird bis zum 23. Mai 2023 gebeten (an: protest@deutsche-gesellschaft-ev.de).

Ausführliche Informationen: <https://www.deutsche-gesellschaft-ev.de/veranstaltungen/konferenzen-tagungen/1652-2023-tagung-protest.html>

Dr. Heike Tuchscheerer
Referentin | Politik & Geschichte
Deutsche Gesellschaft e. V.
Eingetragener Verein zur Förderung politischer, kultureller und sozialer Beziehungen in Europa
Mauerstraße 83/84
D-10117 Berlin
Tel.: +49 (0)30 88 412 254
Fax: +49 (0)30 88 412 223
Internet: www.deutsche-gesellschaft-ev.de
Facebook: www.facebook.com/DtGesellschaft
Twitter: www.twitter.com/dtgesellschaft

Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Leipzig

Nacht der offenen Tür anlässlich der Museumsnacht Halle & Leipzig 2023

Zeit: Samstag, 06. Mai 2023, 18–24 Uhr
Titel: Technik im Dienst der Stasi
Ort: Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv Leipzig
Dittrichring 24, 04109 Leipzig

Eine Veranstaltung im Rahmen der Museumsnacht Halle & Leipzig der Stadt Leipzig und der Händelstadt Halle (Saale). Nähere Informationen zum (Online-)Kartenverkauf: www.museumsnacht-halle-leipzig.de. Nähere Informationen zum Veranstaltungsprogramm: www.stasi-unterlagen-archiv.de/leipzig.

Programm

19:00 | Vortrag
Informationsverarbeitung des MfS
Von der Karteikarte zum Großrechner
Referent: Dr. Christian Booß

21:00 | Vortrag
Geheime Versuche
Wie die DDR-Staatssicherheit den sogenannten Lügendetektor nutzte
Referent: Dr. Rainer Erices

22.30 | Nachtführung durch das Archiv
19:00 – 24:00 | nonstop | Filmvorführungen
18:00 – 24:00 | nonstop | Beratung zur Antragstellung auf Akteneinsicht sowie Ausstellungen, Präsentationen und Beispielsakten

Bei den nachfolgenden Veranstaltungen/Ausstellungen ist der Eintritt frei.

Lesung und Gespräch zum Wave-Gotik-Treffen 2023
Zeit: Samstag, 27. Mai 2023, 14.00 Uhr
Titel: „negativ-dekadent“
Punk in der DDR
Referenten: Anne Hahn und Frank Willman

Öffentliche Führung

Zeit: Mittwoch, 31. Mai 2023, 11.00 Uhr
Titel: Einer Diktatur auf der Spur
Unterwegs im Stasi-Unterlagen-Archiv

Dauerausstellung

Titel: Überwachen. Verängstigen. Verfolgen – Stasi. Die Geheimpolizei der DDR
Öffnungszeiten: Mo.–Fr. 08–18 Uhr; Sa./So. und feiertags 10–18 Uhr

Wechsausstellungen

Titel: Die Stasi

Modulare Ausstellung zur Tätigkeit der DDR-Staatssicherheit in den Regionen
Dauer: 09. Januar bis 31. Juli 2023
Öffnungszeiten: Mo.–Fr. 08–18 Uhr; Sa./So. und feiertags 10–18 Uhr

Titel: Leseland DDR
Eine Ausstellung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur von Stefan Wolle
Dauer: 09. Januar bis 31. Mai 2023
Öffnungszeiten: Mo.–Fr. 08–18 Uhr; Sa./So. und feiertags 10–18 Uhr

Das Gebäude ist leider nicht vollständig barrierefrei.

Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Leipzig
Dittrichring 24, 04109 Leipzig
Telefon: 0341 – 2247-3211
Fax: 0341 – 2247-3219
Internet: www.bundesarchiv.de
www.stasi-unterlagen-archiv.de

Newsletter der UOKG-Wochenrückblick sucht ab Mai 2023 einen Nachfolger

Damit der Wochenrückblick weiter erscheinen kann, sucht die UOKG einen Nachfolger oder eine Nachfolgerin für die bisherige Redakteurin Irina Bitter. Vielleicht hat jemand unter den Lesern des Stacheldrahtes Interesse oder kennt mögliche Interessenten, diese Tätigkeit auf Honorarbasis zu übernehmen? Ansprechpartner bei der UOKG ist Herr Theodor Mittrup, Tel. 030 43206743 oder E-Mail mittrup@uokg.de.

Ihre Irina Bitter

70. Jahrestag des DDR-Volksaufstands vom 17. Juni 1953

Der Berliner Beauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur erinnert 2023 an den 70. Jahrestag des DDR-Volksaufstands vom 17. Juni 1953. Unter dem Titel „Volksaufstand 1953. Parolen. Damals und heute“ nehmen wir ausgewählte Losungen der Aufständischen unter die Lupe.

In vier Diskussionsrunden von April bis November 2023 erörtern wir mit Persönlichkeiten aus Forschung, Medien und Politik die Forderungen vom Juni 1953 und ihre Bedeutung für die Gegenwart. Die Veranstaltungen im April, September und November finden in unseren Räumen in der Franz-Jacob-Str. 4 B in Berlin-Lichtenberg statt. Die Podiumsdiskussion im Juni wird als Kooperationsveranstaltung im Abgeordnetenhaus von Berlin durchgeführt.

Der Berliner Beauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur freut sich, zahlreiche

Interessenten bei den kommenden Veranstaltungen begrüßen zu können.

Informationen zu den Veranstaltungen:

Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB)
Franz-Jacob-Str. 4 B, 10369 Berlin
Telefon (030) 24 07 92-0
info@aufarbeitung-berlin.de
www.aufarbeitung-berlin.de

Aufruf zum Gedenken an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953


Liebe Kameradinnen, liebe Kameraden, auch in diesem Jahr wollen wir wieder des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 gedenken. Der Tag jährt sich zum 70. Mal.

Am Sonnabend, dem 17. Juni 2023 um

09.30 Uhr findet die Gedenkveranstaltung der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. mit dem Bezirksamt Berlin Charlottenburg-Wilmersdorf, am Steinplatz in Berlin statt.

Es werden u.a. als Redner auftreten:

- Evelyn Zupke, Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur
- Kirstin Bauch, Bezirksbürgermeisterin
- Judith Stückler, Vorsteherin der Bezirksverordnetenversammlung
- Hugo Diederich, Bundesvorsitzender VOS e.V.

Wir alle sind aufgerufen, am 70. Jahrestag die Opfer des Volksaufstandes zu ehren. Gerade in einer Zeit, wo mitten in Europa Russland ein demokratisches Land überfallen hat. Der Veranstalter ist die Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. 

Worte finden für das Schweigen

Zeitzeugenclub für von SED-Unrecht betroffene Menschen und ihre Familien. Das Ende der SED-Diktatur liegt gut 30 Jahre zurück. Viele Menschen waren betroffen von Verfolgung und Repression, Ausgrenzung und Diskriminierung. Sie sind heute wertvolle Zeitzeuginnen und Zeitzeugen. Gegen das Vergessen und für den Dialog zwischen den Generationen ist das Sprechen über das unaussprechliche Unrecht wichtig, aber oft nicht einfach.

In Gruppengesprächen und Schreibübungen wollen wir uns den persönlichen Erfahrungen und Fragen nähern, um Worte zu finden für das Schweigen und Möglichkeiten, wie darüber erzählt werden kann. Wir begrüßen als wichtige Zeitzeuginnen und Zeitzeugen Betroffene von

SED-Unrecht sowie gleichermaßen deren Angehörige.

Termine und Veranstaltungsort für 2023

Freitag, 28.04.2023
Freitag, 16.06.2023
Freitag, 07.07.2023
Freitag, 01.09.2023
Freitag, 06.10.2023
Freitag, 03.11.2023

dann jeweils 17.00Uhr – 18.30Uhr in den Räumen der Evangelische Erwachsenenbildung Sachsen-Anhalt, Bürgelstraße 1, 39104 Magdeburg.


Um eine Anmeldung zu den Terminen wird gebeten.

Ansprechpartnerin für weitere Fragen ist Elisabeth Vajna, M.Sc. Psych.

Kontakt

Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
Schleiufer 12, 39104 Magdeburg
Tel.: 0391 - 560 1501
E-Mail: Info@lza.lt.sachsen-anhalt.de

Elisabeth Vajna, M.Sc. Psych.
wissenschaftliche Mitarbeiterin im Kompetenznetzwerk für der SED-Diktatur psychosoziale Beratung und Therapie
Betroffener von SED-Unrecht
Tel.: 0391 - 560 1503


E-Mail: Elisabeth.vajna@lza.lt.sachsen-anhalt.de 

„Mein Kiez. Geschichte(n) des geteilten Berlins“

Von Mai bis September setzt der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte die 2022 gestartete Reihe „Mein Kiez. Geschichte(n) des geteilten Berlins“ fort. Damit will der BAB das Interesse für die Geschichte des eigenen Stadtteils während der Teilung

Berlins wecken. Nach dem erfolgreichen Auftakt in Fennpfuhl und Prenzlauer Berg im Vorjahr begeben wir uns von Mai bis September nach Staaken, Köpenick, Charlottenburg und Oberschöneweide. Im Angebot sind unter anderem kosten-

lose Führungen durch den jeweiligen Ortsteil und ein Kiezgespräch mit Publikumsbeteiligung am Abend.

Mehr Informationen unter www.aufarbeitung-berlin.de/mein-kiez 

Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus

Dienstag, 02. Mai 2023, 18:00 Uhr

Dr. Jörg Bernhard Bilke
Der Germanist und Zeitzeuge berichtet von seinem dramatischsten Lebensabschnitt – Verhaftet in Leipzig. Als Mainzer Student im Zuchthaus Waldheim.

Dienstag, 16. Mai 2023, 18:00 Uhr

Stephan Krawczyk, Liedermacher, Autor und Protagonist des Films
Prof. Jürgen Haase, Regisseur und Filmproduzent – zeigen den gemeinsamen Dok-Film (45 min.): „Stephan Krawczyk: Ich dagegen singe...“

Dienstag, 30. Mai 2023, 18:00 Uhr

Dr. Wolfgang Kraushaar
Der bekannte Hamburger Politikwissenschaftler referiert zu seinem Buch: Die blinden Flecken der 68er Bewegung.

Dienstag, 13. Juni 2023, 18:00 Uhr

Dr. Bodo V. Hechelhammer, langjähriger Leiter des Historischen Büros und Chefhistoriker des BND, hält zur 70. Wiederkehr des Volksaufstands seinen Vortrag: Dokumente der „Organisation Gehlen“ zum Volksaufstand am 17. Juni 1953.

Dienstag, 27. Juni 2023, 18:00 Uhr

Dr. Heimo Schwilk, der bekannte Journalist und Autor stellt vor: Mein abenteuerliches Herz (Bd. 1): Aus den Tagebüchern 1983–1999.

Nikolaikirchplatz 5–7

10178 Berlin-Mitte

(Nikolaiviertel)

Tel.: 030 – 283 43 27

www.Gedenkbibliothek.de

Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden

Öffentliche Führungen

Montag, 01.05.2023, 14:00 Uhr

Sonntag, 07.05.2023, 11:00 Uhr

Montag, 08.05.2023, 14:00 Uhr

Montag, 15.05.2023, 14:00 Uhr

Sonntag, 21.05.2023, 11:00 Uhr

Montag, 22.05.2023, 14:00 Uhr

Montag, 29.05.2023, 14:00 Uhr

Ort

Gedenkstätte

Bautzner Straße Dresden

Bautzner Straße 112a

01099 Dresden

Internet: www.stasihaft-dresden.de

Sonderausstellung „Kyjiw im Jahr 2014 – Revolution der Würde“

Am Samstag, den 25. März 2023, wurde im Besucherzentrum des Museums im Stasi-Bunker die Sonderausstellung „Kyjiw im Jahr 2014 – Revolution der Würde“ mit Bildern des ukrainischen Fotografen Wladyslaw Musiienko eröffnet.

Die Fotos erinnern an den Protest der ukrainischen Bevölkerung im Winter

2013/14 und deren Kampf um Unabhängigkeit und Freiheit.

Die Besichtigung dieser Fotoausstellung ist kostenfrei und noch bis Ende September diesen Jahres möglich. Weitere Angebote und Informationen finden Sie unter der beigefügten Pressemeldung und unter: www.runde-ecke-leipzig.de

Bürgerkomitee Leipzig e.V.

Dittrichring 24

PF 10 03 45

04003 Leipzig

Tel.: 0341/9612443

Fax: 0341/9612499

Homepage: <http://www.runde-ecke-leipzig.de>

E-Mail: mail@runde-ecke-leipzig.de

Historischer Kalenderdienst der Bundesstiftung Aufarbeitung Berlin

Die 110. Ausgabe des „Historischen Kalenderdienstes“ weist auf Jahrestage ausgewählter historischer Ereignisse in den Monaten Januar, Februar und März hin. Im Jahr 2023 setzt der Kalenderdienst einen Schwerpunkt auf das Jahr 1953, dem Jahr des Volksaufstandes vom 17. Juni in der DDR.

Auf der Homepage <http://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de> finden Sie weiterhin täglich ein historisches Datum in der Rubrik „heute vor ...“ und weitere Ereignisse im historischen Kalendarium.

Sollten Sie Fragen zu den angeführten Daten haben, stehen wir Ihnen mit Hintergrundinformationen gerne zur Verfügung.

Die Ausgabe des „Historischen Kalenderdienstes“ erschien am 31. März 2023.

Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

Tilman Günther

Fon: 030 31 98 95 225

E-Mail: t.guenther@bundesstiftung-aufarbeitung.de

[bundesstiftung-aufarbeitung.de](http://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de)

Wieviel Zeitung verträgt der Mensch?

FAZ, Tagesspiegel, Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Rundschau, BILD, taz, Die Zeit, Spiegel, Focus, Stern, Butzbacher Zeitung ...

Man kann nicht alle lesen – aber den „Wochenrückblick“-online bestellen.

Dieser Informationsdienst bietet mit kurzen Texten und Links zu vollständigen Zeitungsberichten die News der vergangenen Woche, rund um das Thema Aufarbeitung. Er wird als E-Mail verschickt und ist zu bestellen unter uokg-wochenrueckblick@gmx.de.

Beratung für Opfer von SED-Unrecht durch die Beauftragte des Landes Sachsen

Die Sächsische Landesbeauftragte bietet ab Frühjahr 2023 wieder regionale Bürgersprechstunden zur Rehabilitation von SED-Unrecht in Sachsen an. Den Auftakt bildet die Bürgersprechstunde in Lommatzsch. Darüber hinaus finden weitere Vor-Ort-Beratungen in zahlreichen sächsischen Städten und Gemeinden statt. Ratsuchende können sich hier über Möglichkeiten der Rehabilitation von SED-Unrecht informieren. Bei der Beratung kann erfragt werden, welche Möglichkeiten der Wiedergutmachung es im Einzelfall gibt.

Im Auftrag der Landesbeauftragten beraten Utz Rachowski und Maximilian Heidrich. Sie erklären die Reha-Gesetze, den Sächsischen Härtefallfonds für SED-Opfer und beantworten Fragen zur „Opferpension“ – einer monatlichen Zuwendung für ehemalige Haftopfer. Mit den Ratsuchenden wägen sie ab, welcher Weg zu beschreiten und prüfen, ob die Antragsvoraussetzungen vorliegen. Bei Bedarf helfen sie dabei, die entsprechenden Antragsformulare auszufüllen. Außerdem besteht die Möglichkeit, Stasi-Akten-Einsicht zu beantragen. Hierfür wird ein gültiges Personaldokument benötigt. Es ist keine vorherige Terminvereinbarung nötig. Telefonische Anfragen

können aber während der Sprechzeit gestellt werden unter den in den Terminen angegebenen Telefonnummern.

Beratungstermine in Sachsen

23.05.2023 | Zschopau, Rathaus Zschopau, Altmarkt 2, 09405 Zschopau, Multifunktionsraum Zimmer 107, 1. OG | Sprechzeit 10:00 bis 17:00 Uhr (Berater: Maximilian Heidrich)

23.05.2023 | Grimma, Rathaus Grimma, Markt 16/17, 04668 Grimma | Sprechzeit 10:00 bis 17:00 Uhr (Berater: Utz Rachowski)

15.06.2023 | Görlitz, Ort wird noch bekannt gegeben | Sprechzeit 10:00 bis 17:00 Uhr (Berater: Maximilian Heidrich)

20.06.2023 | Freital (mit Stasi-Unterlagen-Archiv Dresden), Bürgerbüro Stadt Freital, Am Bahnhof 8, 01705 Freital, Mehrzweckraum, Tel.: 0351 6476-320 | Sprechzeit 09:00 bis 17:00 Uhr (Berater: Utz Rachowski)


04.07.2023 | Geithain, Bürgerhaus Geithain, Louis-Petermann-Straße 10 in 04643 Geithain, 10:00 bis 16:00 Uhr (Berater: Utz Rachowski)

Hintergrund

In der DDR wurden tausende Menschen aus politischen Gründen verfolgt und leiden bis heute unter den Folgen. Für diese Betroffenen gibt es Rehabilitierungsgesetze, die den Weg eröffnen, rechtsstaatswidrige Verurteilungen aus dem Strafregister zu entfernen, sich vom Makel persönlicher Diskriminierung zu befreien und soziale Ausgleichsleistungen in Anspruch zu nehmen. Seit November 2019 gibt es dafür keine Antragsfristen mehr. Zudem können bislang unberücksichtigt gebliebene Opfer – wie verfolgte Schüler, Heimkinder und Zersetzungsoffer – Leistungen erhalten.

Unabhängig von der regionalen Vor-Ort-Beratung kann auch direkt bei der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur ein Beratungstermin in Dresden vereinbart werden (Tel: 0351-493-3700).

Unsere aktuellen Beratungstermine finden Sie auf unserer Webseite: <https://lasd.landtag.sachsen.de/de/regionale-vorort-beratungen-19530.cshtml>

Für Rückfragen können Sie mich gerne telefonisch kontaktieren unter der 0351/493 3704. 

Beratungstage Landkreis Lüchow-Dannenberg

Auch über drei Jahrzehnte nach dem Mauerfall und der Deutschen Wiedervereinigung leben in Niedersachsen noch zahlreiche Opfer des SED-Regimes, die unter den Folgen des SED-Unrechts leiden. Um möglichst viele Betroffene ortsnah über bestehende Hilfs- und Leistungsangebote zu informieren, organisiert das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport – Referat 61 – alljährlich Beratungstage für Betroffene von SED-Unrecht vor Ort. Die Beratungen werden von Fachleuten aus Sachsen-Anhalt durchgeführt und von Vertretern des Niedersächsischen Netzwerks für SED- und Stasiopfer unterstützt. Einige der Berater waren selbst Opfer der Diktatur in der DDR.

**Dienstag, 23. Mai 2023,
10.00 bis 15.00 Uhr**

Landkreis Lüchow-Dannenberg
Kreishaus Raum B 120

Königsberger Straße 10
29439 Lüchow (Wendland)

**Mittwoch, 15. November 2023,
10.00 bis 15.00 Uhr**

Stadt Braunschweig
Fachbereich Soziales und Gesundheit,
Raum 0.203/0.204
Naumburgstraße 25
38124 Braunschweig


Das Beratungsangebot richtet sich an Menschen, die bis heute in vielfältiger Weise unter verübtem Unrecht durch den SED-Staat leiden, insbesondere an:

- zu Unrecht Inhaftierte,
- Betroffene von Zersetzungsmaßnahmen des Staatssicherheitsdienstes,
- Personen, die Repressalien in Beruf oder Ausbildung ausgesetzt waren,

- Betroffene, die Eingriffe in Eigentum und Vermögen erfuhrten.

Auch können Anträge auf Einsicht in die Stasi-Akten gestellt werden. Hierzu ist der Personalausweis vorzulegen.

Das Beratungsangebot kann ohne Voranmeldung genutzt werden. Die Beratungsräume sind barrierefrei erreichbar.

Niedersächsisches Ministerium
für Inneres und Sport
Referat 61 – Zentrale Flüchtlingsaufnahme, Spätaussiedler,
Fachaufsicht Landesaufnahmebehörde
Niedersachsen
Lavesallee 6, 30169 Hannover
Fon: +49-511 – 120-4768
Fax: +49-511 – 120-99-4768
E-Mail: Klaus.Bittner@
mi.niedersachsen.de 

Anerkennung und Wiedergutmachung für ehemalige DDR-Heimkinder unzureichend

Ca. 500.000 Kinder und Jugendliche lebten zwischen 1949 und 1989 in Heimen der DDR. Die über das Bundesministerium für Bildung und Forschung aufgelegte Studie „TESTIMONY – Erfahrungen in DDR-Kinderheimen, Bewältigung und Aufarbeitung“ (www.testimony-studie.de) legte nun in ihrer „Leipziger Erklärung“ zentrale Befunde und Forderungen ihrer Forschungsarbeit vor. Darin wird unter anderem deutlich, dass die DDR-Heimerfahrungen für die Betroffenen ein umfassendes Spektrum an psychischen, physischen, sozioökonomischen und sozialen Folgen zum Teil bis heute noch nach sich ziehen. Viele von ihnen erlebten Gewalt und Vernachlässigung und zwar über alle Heimarten hinweg. Und viele von ihnen Schweigen bis heute über ihre Erfahrungen – aus Angst vor Zurückweisung und Stigmatisierung seitens der Mehrheitsgesellschaft. Die teilweise bis heute anhaltenden Folgen der erlebten Gewalt bedürfen einer professionellen, niedrigschwelligen und selbsthilfeorientierten Unterstützung.

Seit 2020 lädt der Thüringer Landesbeauftragte ehemalige DDR-Heimkinder und Menschen mit Diktaturerfahrung zu regelmäßig stattfindenden Gruppen im Freistaat ein. In ihnen stehen die Alltagsbewältigung, die Förderung von zwischenmenschlichen Beziehungen und die Vermittlung von Erklärwissen im Fokus. Daneben berät der Landesbeauftragte Betroffene, die in Spezialkinderheimen und Jugendwerkhöfen untergebracht waren zu Fragen der Rehabilitierung. Es bleibt aber neben diesen konkreten Angeboten weiterhin Aufgabe von Politik und Gesellschaft Menschen mit DDR-Heimerfahrung in der Öffentlichkeit Anerkennung und Respekt zu zollen sowie entstandenes Leid anzuerkennen und abzumildern.

„Eine Wiedergutmachung der negativen Erfahrungen der Betroffenen ist nicht möglich“, so der Thüringer Landesbeauftragte Dr. Peter Wurschi, „aber die Politik muss alle verfügbaren Mittel dafür einsetzen, um ihnen adäquat zu helfen. Angefangen bei einem Zweitantragsrecht

auf strafrechtliche Rehabilitierung für bereits einmal abgelehnte, nach aktueller Rechtslage jetzt aber rehabilitierungsfähige Heimkinder, bis hin zu einem Fonds des Freistaates Thüringen für Betroffene, die nicht über den bundesweiten Fonds Heimerziehung aufgrund dessen viel zu kurzen Antragsfrist bis 2018 abgefunden worden. Allein in Thüringen haben sich seitdem hunderte ehemalige Heimkinder gemeldet. Die Studie ist ein wichtiger Baustein, um das Wirken von struktureller Gewalt in der DDR besser zu verstehen“, so der Landesbeauftragte weiter. „Dabei ist die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema genauso wichtig wie die aufrichtigen Gesten der Anerkennung gegenüber den ehemaligen DDR-Heimkindern.“

Thüringer Landesbeauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt
Telefon: +49 (361) 57 – 3114 956
Fax: +49 (361) 57 – 3114 952
www.thla.thueringen.de



Bundesstiftung Aufarbeitung fördert Erinnerungsprojekte an der ehemaligen innerdeutschen Grenze mit 50.000 EUR

Berlin, 28.03.2023. Im Förderprogramm zur Geschichte der deutschen Teilung und deren Folgen entlang der innerdeutschen Grenze stellt die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur 2023 insgesamt 50.000 Euro für 13 neue Projekte zur Verfügung. Vom Ostsee-Grenzturm in Kühlungsborn bis zum Deutsch-Deutschen Museum Mödlareuth in Bayern werden damit Vorhaben von Grenz Museen, Aufarbeitungsinitiativen und Geschichtsvereinen gefördert.

Seit 2022 unterstützt das Förderprogramm die Erinnerungskultur an die deutsche Teilung sowie an die vielen hundert Opfer, die das Grenzregime der DDR in dieser Zeit gefordert hat. Ermöglicht wurde das Förderprogramm durch

eine private Spende aus dem Nachlass des Mediziners Prof. Dr. Hermann Heimpel. Das mit insgesamt 150.000 Euro finanzierte Programm ist auf drei Jahre angelegt. Über die Projektförderung entschied eine Jury, der neben der Tochter des Stifters, Susanne Heimpel, und deren Ehemann die Projektkoordinatorin Silvia Kannegießer (Metropolregion Hamburg) sowie seitens der Bundesstiftung Aufarbeitung die Direktorin Dr. Anna Kaminsky, der Vorstandsvorsitzende Rainer Eppelmann und Bildungsreferentin Dr. Christine Schoenmakers angehören.

Anträge für die nächste Förderrunde können bis zum 28. Februar 2024 gestellt werden. Die regionale Verteilung der 2022/23 geförderten Pro-

jekte findet sich in dieser Google-Karte: <https://www.google.com/maps/d/u/2/edit?mid=1eaRWnaG6pLglqXK94Hd6rBGgWWv5h8l&usp=sharing>

Übersicht aller Förderprojekte 2023: <https://t1p.de/foerderung-grenzland>

Weitere Informationen zum Förderprogramm unter: <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/foerderung-programm-grenzland-museen>

Wenden Sie sich für die Anmeldung bitte an die Pressestelle:

Tilman Günther
Fon: 030 31 98 95 225
E-Mail: t.guenther@bundesstiftung-aufarbeitung.de



Gedenktafel LETZTE ADRESSE in Altentreptow unerwünscht – Stolpersteine unerwünscht?

Die Altentreptower Stadtvertretung hat am 21. März 2023 einen Antrag zur Unterstützung der Aktion LETZTE ADRESSE, der Friedensnobelpreisträgerorganisation MEMORIAL mehrheitlich abgelehnt.

Der Fraktionsvorsitzende der CDU Thomas Kraft, gab mit seiner Aussage zu bedenken, dass die meisten Betroffenen heute wahrscheinlich nicht mehr in Altentreptow wohnen. Diese Unkenntnis zur Aktion LETZTE ADRESSE ist erschreckend. Mit der Gedenktafel soll daran erinnert werden, dass es auch in Deutschland unschuldige Opfer des sowjetischen Staatsterrors gab. Mit dieser Erinnerung soll auf das

Schicksal eines ganz normalen Menschen hingewiesen werden und zeigen und wie leicht es war, Strafsachen zu fälschen. Die Gedenktafeln, werden ausschließlich für rehabilitierte Opfer des stalinistischen Terrors angebracht. Diese Menschen wurden zum Tode verurteilt und in den 1990'er bzw. 2000'er Jahren durch russische Militärgerichte rehabilitiert.

Die mehrheitliche Ablehnung der Altentreptower Stadtvertretung zur Aktion LETZTE ADRESSE, lässt vermuten, dass ihr das Schicksal von Opfern stalinistischer Repressionen egal sind. Schon in der DDR hat nie jemand darüber gesprochen oder

sprechen dürfen, ohne Repressalien befürchten zu müssen. Und so soll es auch weiter für die deutschen Opfer des sowjetischen Terrors bleiben?

Warum zeigt sich Altentreptow so unfähig, auch vor dem Hintergrund, dass die Altentreptower Stadtvertretung bereits im Jahr 2021 beschlossen hatte, im Jahr 2022 Stolpersteine zu verlegen. Ein Vorhaben was bis heute nicht umgesetzt ist. Doch der Schmerz wird von Generation zu Generation weitergegeben, sind sich Politiker dessen bewusst, wenn sie Erinnerung und Gedenken ablehnen?

André Rohloff

Oberbürgermeister Karsten Vogt übernimmt Schirmherrschaft für das Bautzen-Komitee e.V.

Das Bautzen-Komitee freut sich mitteilen zu können, dass der Oberbürgermeister der Stadt Karsten Vogt mit Schreiben vom 07. März 2023 die Schirmherrschaft für den Opferverband übernommen hat. In seinem Brief betont Karsten Vogt, dass es ein Grundanliegen eines Oberbürgermeisters in Bautzen sein sollte, sich genau in dieser Rolle zu dem finsternen Kapitel der Stadtgeschichte zu positionieren.

Damit ist ein weiterer wichtiger Schritt für eine noch intensivere Zusammenarbeit zwischen dem Komitee und der Stadt bei der Aufarbeitung und Aufklärung der Verbrechen kommunistischer Gewaltherrschaft vollzogen. Wir würden uns freuen, wenn dieser Schritt auch von den Verantwortlichen anderer Städte mit einer ähnlichen Geschichte als Anregung aufgenommen werden würde.

BAUTZEN-KOMITEE e.V.

KOMITEE ZUR MITWIRKUNG BEI DER AUFKLÄRUNG UND AUFARBEITUNG DER VERBRECHEN KOMMUNISTISCHER GEWALTHERRSCHAFT IN DEN BAUTZENER GEFÄNGNISSEN

Bautzen-Komitee e.V.

Weingangstr. 8a

02625 Bautzen

Tel.: 03591-42521



Zurück in die Vergangenheit – Sowjet-Deutschland?

Seit einiger Zeit meinen einige junge Leute in unserem Land, sie könnten anderen Menschen ihre Lebensvorstellungen durch Nötigung, Straßenblockaden oder Neusprech aufzwingen. Dies allein wäre kein Grund sich übermäßig aufzuregen, denn die Jugend hat durchaus das Privileg, überkommene Lebensformen infrage zu stellen. Doch in dem Fall der „Beklebten“, lohnt es sich schon, näher hinzusehen.

Die selbsternannten Klimaretter, die sich großspurig zur „Letzten Generation“ stilisierten, mit makabrer Weltuntergangssattitüde, wollen unseren freiheitlichen Rechtsstaat beseitigen, nichts mehr und nichts weniger. Denn ihnen schwebt ein „Rätesystem“ vor, durch welches die demokratisch gewählten Volksvertreter unter Druck gesetzt werden können,

wenn sie nicht das tun, was diese militante Minderheit verlangt. Also nicht demokratische Mehrheiten sollen die politischen Linien bestimmen, natürlich mit Rücksichtnahmen auf Minderheiten, sondern „ernannte Räte“. Wer in der Schule russisch lernen musste, der weiß noch, was dies in dieser Sprache heißt „SOWJET“.

Massenmörder wie Lenin und Stalin zwangen den Völkern Russlands, auch der Ukraine, diese brutale Diktatur auf und nützliche Idioten auch in Deutschland jubelten. Heinrich Mann, Albert Einstein und Lion Feuchtwanger initiierten Aktionen gemeinsam mit der stalinistischen KPD: Helft Sowjetrußland! Dabei ignorierten sie gleichzeitig den Terror dort. Seit 1917 gab es in Russland und der späteren „SOWJET“union keine Ge-

waltenteilung, alles wurde durch die Führung der kommunistischen Partei entschieden. Auch in den von der UdSSR besetzten Ländern wurde diese totalitäre Sowjetdiktatur installiert, mit Panzern, und Terror. Wer jetzt erneut „SOWJETS“ fordert, der überschreitet die Grenze zwischen Freiheit und Diktatur und muss gestoppt werden. Dass es Geldgeber gibt, die solche gefährlichen Ideologien unterstützten, sollte ein Weckruf für die Gesellschaft sein, sich dem mit aller Klarheit zu widersetzen. Es bleibt auch die Frage, wie sich Parteien gegenüber solchen Bedrohungen positionieren, wer sich bei denen anbiedert, gehört zu den Zerstörern unseres freiheitlichen Rechtsstaates. Wer Diktatur erlitten hat, der wird solcher Tyrannie nicht „auf dem Leim gehen“.

Alexander W. Bauersfeld

Letzte Station Torgau. Eine kalte Umarmung

Dokumentartheaterprojekt von Regine Dura & Hans-Werner Kroesinger: Freital, Groß Leuthen, Wittenberg, Burg – Ortsnamen, die für viele mit bleibenden Erinnerungen verknüpft sind. Doch es sind keine Erinnerungen an gute Landluft und Schlossbesichtigungen: Hier befanden sich die „Jugendwerkhöfe“ der DDR-Jugendhilfe, in denen in der Sprache des Systems sogenannte „Schwererziehbare“ unter realsozialistischen Vorzeichen gesellschaftskonform gemacht werden sollten. Für die Einweisung genügte es mitunter, sich der Mitgliedschaft in der FDJ zu widersetzen.

„Letzte Station Torgau“ widmet sich der Spitze dieses Eisbergs: In den sogenannten „Jugendwerkhöfen“ und insbesondere im Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau, unweit von Leipzig, fand unter verschärften disziplinarischen Regelungen die „Umerziehung“ der „Schwererziehbaren“ statt. Hier waren militärische Verhaltensregeln an der Tagesordnung. Kontrolle bis ins kleinste Detail, Zwangssport und Zwangsarbeit, ein hartes Bestrafungssystem, Gewalt seitens der Erzieher und untereinander, bis hin zum blanken Sadismus, prägten den Alltag der Jugendlichen.

Regine Dura und Hans-Werner Kroesinger sind für das Rechercheprojekt diesen Geschichten nachgegangen: in zahlreichen Gesprächen mit Betroffenen, mit Menschen, die sich der Aufarbeitung der Geschichte verpflichtet haben, in intensiven Archivrecherchen. In „Letzte Station Torgau“ kommen die Geschichten einiger Menschen, die dieses System er- und überlebt haben, zu Wort.

Der Dank der Produktion gilt den Personen, die bereit waren, ihre Erfahrungen zu teilen, und der Produktion das Vertrauen entgegenbringen, diese Erfahrungen im Medium der Theaterbühne weiter zu teilen.

Darüber hinaus gilt der Dank den Institutionen und Einzelpersonen, deren Unterstützung bei der Recherche unschätzbar war. Das sind neben der Gedenkstätte

Geschlossener Jugendwerkhof Torgau das Testimony-Forschungsprojekt am Uniklinikum Leipzig, das Stasi-Unterlagen-Archiv, Dr. Christian Sachse und Manfred May.



Foto: Susann Friedrich – Schauspiel Leipzig

Premiere war am 11.03.2023. Weiterer Termin: 26.04.2023, jeweils 20:00, Ort: Diskothek

Informationen: www.schauspiel-leipzig.de/spielplan/a-z/letzte-station-torgau

Schauspiel Leipzig
Marie Kemmer

JAHRESTAGE

Unter diesem Titel erschien 1970 ein umfangreicher Roman von Uwe Johnson, der einst vor DDR-Mauerbau aus der SED-Diktatur nach Berlin (West) flüchtete. In diesem Werk analysiert er, mit Hilfe der täglichen Ausgaben der New York Times, die politische Situation in der Zeit vor dem 21. August 1968, an dem die sowjetische KPdSU-Führung mit dem späteren militärischen Überfall auf die Tschechoslowakei beteiligt war und blickt auch auf die zwei Diktaturen in Deutschland.

In gewisser Weise gibt es Analogien zur heutigen Situation, auch wenn der Überfall – diesmal von den Truppen des russischen Diktators Putin (der auch einmal Nomenklaturkader der KPdSU war) – auf die Ukraine schon vor 9 Jahren erfolgte, dann vor einem Jahr am 24. Februar noch ausgeweitet wurde. An diesem Jahrestag 2023 ist von der vollmundig versprochen ZEITENWENDE des Bundeskanzlers Olaf Scholz, nur ein Scherbenhaufen übrig, wie selbst durch eigene Ko-

alitionspartner festgestellt wird. Nachdem die Bundesregierung auch beim Treffen auf dem US-Stützpunkt in Ramstein, im Januar, keine Genehmigung gab, dass Partnerländer wie Polen, deutsche Panzer an die Ukraine liefern dürften, forderte die FDP-Bundestagsabgeordnete Dr. Strack-Zimmermann vom Bundeskanzler „Klare Ansagen zur weiteren militärischen Unterstützung der Ukraine.“ Weiter stellte sie fest: „Die Diskussion um den Leopard 2 wirft kein gutes Licht auf uns, weil natürlich die westliche Welt erwartet, dass Deutschland führt.“ Die Außenminister Litauens, Lettland und Estland appellierten an die Bundesregierung, endlich schwere Waffen und Panzer freizugeben, damit sie an die Ukraine geliefert werden können. Auch der Botschafter der Ukraine in Deutschland, Oleksii Makeiev, forderte diese Unterstützung von der Bundesregierung. Zur gleichen Zeit wurde die „Pannenministerin“ Lambrecht entlassen und ein Nachfolger ernannt, der allerdings keine „Beinfreiheit“ vom Bundeskanzler erhielt und sich sofort in den „Zahlenfallstricken“ der Panzerbestände verding, wie „Der Spiegel“ sofort meldete.

Deutschland wirkt gelähmt und scheint nicht bereit, eine Führungsrolle gegen Putins Krieg in der Ukraine zu übernehmen. So war Grundtenor der ausländischen Presse. Während bekannt wurde, dass die 50.000 Wagner-Terroristen, wie sie jetzt in den USA eingestuft wurden, darunter ca. 40.000 Schwerekriminelle, die u.a. als Mörder inhaftiert waren und nach Verpflichtung als Söldner für Putins Koch Jewgeni Prigoschin, aus der Haft entlassen wurden, an Kriegsverbrechen in der Ukraine beteiligt waren und sind, sterben auch durch sie jeden Tag Menschen, weil der Ukraine Waffen fehlen. Wenn irgendwann ein Schriftsteller, wie einst Uwe Johnson, über die deutsche Haltung im Krieg Russlands gegen die Ukraine schreibt, wird wahrscheinlich deutlich, um welches riesige Versagen es geht und wie viele Menschen dadurch ihr Leben verloren.

Auch noch diesem Kriegsjahr bringt es der Bundeskanzler nicht fertig zu sagen: DIE UKRAINE MUSS DEN KRIG GEWINNEN. War seine Zeitenwende nur hohle Luft ?

Anton Odenthal

Horst Seehofer – ein absolut verlässlicher Ansprechpartner der Heimatvertriebenen und Aussiedler

Mit einem festlichen Abendessen dankte kürzlich der Bund der Vertriebenen (BdV) Bayern dem früheren Bayerischen Ministerpräsidenten und ehemaligen Bundesinnenminister Horst Seehofer für dessen Einsatz für die Heimatvertriebenen und Aussiedler. Sichtlich gerührt lauschte der Ehrengast, der mit seiner Ehefrau Karin ins Haus des Deutschen Ostens nach München gekommen war, der auf

In seiner immer wieder von lang anhaltendem Beifall unterbrochenen Rede, erinnerte der BdV-Landesvorsitzende zunächst an den politischen Werdegang Seehofers. Bereits mit 34 Jahren sei dieser 1983 als Direktkandidat für den Wahlkreis Ingolstadt in den Deutschen Bundestag gewählt worden. Dort habe er sich als Sozialpolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe rasch einen Namen

dem Abtreten des Kabinetts Merkels am 8. Dezember 2021 aus der aktiven Politik ausschied. Lang war dann die Liste der Verdienste, die sich Horst Seehofer um die Belange der Heimatvertriebenen gemacht hatte. So habe er bereits im Dezember 2009 in Bayern durchgesetzt, dass in den Melderegistern die Geburtsorte der in den Heimatgebieten geborenen Landsleute wieder richtig erfasst wurden. Viele ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger hätten sich damals, so Knauer, vor den Kopf gestoßen gefühlt, als sie in den staatlichen Dokumenten beispielsweise lesen mussten, dass sie 1935 in Kaliningrad in Russland und nicht in Königsberg in Ostpreußen geboren waren.

Die Einladung des geschäftsführenden BdV-Landesvorstandes und der Landesvorsitzenden der Landsmannschaften am 29. Juli 2010 ins Prinz-Carl-Palais sei die Geburtsstunde für den Bau des Sudetendeutschen Museums, den Einbau eines Aufzugs ins Haus des Deutschen Ostens und der Aufstockung, der unter den Vorgängerregierungen drastisch gekürzten Mitteln für die Einrichtungen der Heimatvertriebenen, gewesen. Vereinzelte Skepsis in den eigenen Reihen im Hinblick auf die Erfüllung von Seehofers Versprechen seien noch im selben Jahr durch die Mitnahme von Vertretern der Landsmannschaften zu seinen Antrittsreisen nach Rumänien und Tschechien verfliegen.

Endgültiges Vertrauen hatte sich der frühere Ministerpräsident 2012 erworben, nachdem im Kabinett und im Bayerischen Landtag die Weichen für die zugesagten Projekte erfolgreich gestellt wurden. Schon ein weiteres Jahr später habe sich Seehofer als CSU-Vorsitzender in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für die Zustimmung zur Errichtung des Dokumentationszentrums der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ in Berlin und eine Härtefallregelung für die Einbeziehung von Angehörigen bei übersiedlungswilligen Aussiedlerfamilien erfolgreich eingesetzt. Zu den größten Erfolgen des Ingolstädters im Vertriebenenbereich zählten, so Knauer, zweifellos die Einführung eines Nationalen Gedenktages für die Opfer von Flucht und Vertreibung und die Entschädigung der deutschen Zwangsarbeiter für deren erlittenes Leid. Dabei galt es dicke Bretter



Ehrentisch von links Karin und Horst Seehofer, BdV-Landesvorsitzender Christian Knauer, Brunhilde Reitmeier-Zwick, Landesschatzmeister Paul Hansel und Herta Daniel, Ehrenvorsitzende der Siebenbürger Sachsen.

ihn gehaltenen Laudatio durch BdV-Landesvorsitzenden Christian Knauer. In all den Jahren, in denen Seehofer politische Spitzenämter bekleidet habe, sei er für den BdV und seine Landsmannschaften „ein wertvoller, konstruktiver und absolut verlässlicher Ansprechpartner“ gewesen. Dass es der Führung des BdV ein Herzensanliegen war, Vergelt's Gott zu sagen, zeigte sich auch an der nahezu vollständigen Anwesenheit der Landesvorsitzenden der 15 Landsmannschaften, der Mitglieder des Landesvorstandes, des HDO-Direktors Prof. Dr. Andreas Weber, der Bundesvorsitzenden der Karpatendeutschen Landsmannschaft, Brunhilde Reitmeier-Zwick, und der früheren Landesgeschäftsführer Walter Föllmer und Dr. Sebastian Sparwasser sowie der Beschäftigten der Landesgeschäftsstelle.

gemacht, so dass es nicht verwunderlich war, dass er bereits sechs Jahre später zum Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung aufstieg. Von Mai 1992 bis Oktober 1998 übte er das Amt des Bundesministers für Gesundheit aus.

Ein Comeback habe es für den CSU-Politiker im November 2005 durch dessen Berufung zum Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz gegeben. Dieses Amt hatte er bis Oktober 2008 erfolgreich ausgeübt, bis er am 27. Oktober 2008, nach seiner Wahl zum Parteivorsitzenden der Christlich Sozialen Union (CSU) das Amt des Bayerischen Ministerpräsidenten übernahm.

Ab 14. März 2018 war er Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat, bis er mit

zu bohren. Wegen Vorbehalte des Koalitionspartners FDP war es im Deutschen Bundestag zunächst nur möglich, einen Prüfauftrag für den Gedenktag zu verabschieden. Bei der Frage eine Entschädigung der deutschen Zwangsarbeiter hätte er sich sogar gegen die Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich (CSU) und Lothar de Maiziere (CDU) in Stellung bringen müssen.

Allen Bedenktägern zum Trotz sei 2014 „als starkes Signal gegen Unrecht und Leid“ der Gedenktag in Bayern eingeführt worden. Sachsen und Hessen hätten sich dem im selben Jahr angeschlossen, bis schließlich 2015 auch auf nationaler Ebene am Weltflüchtlingstag, dem 20. Juni, ein solcher ausgerufen wurde. Bemerkenswert sei in der Ära Seehofer auch gewesen, dass er, abgesehen von einer Ausnahme, immer selbst Redner bei den Feierlichkeiten in München war.

Der Vollständigkeit halber erinnerte der Laudator, dass in Horst Seehofers Amtszeit auch die Weichen für die Sanierung des Kulturforums Ostdeutsche Galerie in Regensburg, des Egerlandhauses in Marktredwitz und des Isergebirgs-Museums in Neugablonz gestellt wurden. Als wirksame Hilfe hätte sich die kontinuierliche Erhöhung der finanziellen Mittel für die Vertriebenenarbeit erwiesen. Dies zeige sich nicht zuletzt seit 2013 am dann jährlich vergebenen BdV-Kulturpreis. Auch die Berufung von BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius zum Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten sei wegweisend gewesen. Gleiches gelte für die Wiederaufnahme der Institutionellen Förderung für einst um ihre Existenz kämpfende Kulturstiftung der Deutschen Heimatvertriebenen.

Dankbar sei der BdV auch, dass Horst Seehofer als Bayerischer Ministerpräsident die „Mauer des Schweigens“ gegenüber Tschechien durchbrochen habe. Auch wenn man sich hier ein deutliches „Mehr“ wünsche, müsse man anerkennend feststellen, dass sich durch diesen Schritt die Beziehungen zwischen den Sudetendeutschen und den Verantwortlichen in Tschechien deutlich entkrampft hätten.

An Seehofers Gattin gewandt, meinte der Landesvorsitzende, deren jahrelange Teilnahme an den Sudetendeutschen Tagen oder vereinzelt auch bei den Heimattagen der Siebenbürger Sach-



Ministerpräsident a. D. Horst Seehofer bei seinen Dankesworten.



BdV-Landesvorsitzender Christian Knauer bei seiner Laudatio auf Ministerpräsident a. D. Horst Seehofer.

sen jeweils an Pfingsten sei zwar eine Pflichtaufgabe, aber keine Selbstverständlichkeit gewesen. Als kleines Dankeschön überreichte er ihr ein schönes Orchideenpräsen. Für den ehemaligen Ministerpräsidenten hatte er das am Tag zuvor erschienene Buch „Nichts als die Wahrheit“ des langjährigen Sekretärs von Papst Benedikt XVI, Erzbischof Georg Gänswein, ausgewählt. Zum bayerischen Papst hatte der CSU-Politiker eine ganz persönliche Beziehung.

Mit der Feststellung, dass ein solcher Abend auch für einen früheren Spitzenpolitiker „etwas ganz Besonderes“ sei, dankte der frühere Ministerpräsident dem BdV für dessen Einladung. Ein Danke-

schön in dieser Form entgegennehmen zu können, sei etwas Außergewöhnliches. In humorvoller, aber tiefgründiger Weise meinte er schmunzelnd, dass sich die Natur nach der Sonne und die Menschen nach der Macht richten würden. Die Belange der Heimatvertriebenen und deren Würdigung ihres Schicksals seien für ihn immer Herzensanliegen gewesen. Dies gelte auch heute noch bei der Lösung der unbefriedigenden rentenrechtlichen Behandlung von Aussiedlern und Spätaussiedlern. Eine Neuwertung sei für ihn hier „eine Frage der Gerechtigkeit und ein Zeichen gelebter Solidarität“.

Text und Bilder:
Susanne Marb/BdV

„Geteilte Erfahrungen – Fortschreibung des Berichtes zur sozialen Lage der Opfer des SED-Regimes in Thüringen – Teil 1“ und die Eröffnung der Beratungsstelle in Erfurt

Im Bericht werden die Erwartungen und Wünsche der Betroffenen deutlich und zwar hinsichtlich:

- ihres Wunsches, die wissenschaftliche Forschung der Langzeitfolgen verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden weiter intensiv fortzusetzen und deren Ergebnisse adäquat in die Gesetzgebung einfließen zu lassen;
- ihres fortschreitenden Alters den Ausbau der Hilfen im Alter (erleichterte

Zugänge zum Gesundheitswesen, altersgerechte Unterstützung in Fragen der Mobilität, Hilfen beim Eintritt der Pflegesituation bzw. beim Übergang in ein Heim) in den Blick zu nehmen;

- der Erweiterung von Anspruchsberechtigungen weiterer Opfergruppen für die sogenannte „Opferrente“. Gleichzeitig sollten die Renten der Nutznießer des SED-Regimes stärker begrenzt werden.

Ein wichtiges Instrument, um auf die aktuelle soziale Lage der Betroffenen angemessen zu reagieren, nahm zum 01. Juni 2022 in Thüringen die Arbeit auf. Der „Härtefallfonds für die Gewährung von Unterstützungsleistungen an die in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR aus politischen Gründen Verfolgte sowie an Opfer des DDR-Zwangsdopings“ – von vielen Betroffenen immer wieder gefordert –, fungiert als zusätzlicher Baustein bei der Linderung von heute noch vorliegenden wirtschaftlichen Notlagen. Antragsberechtigt sind rehabilitierte Betroffene bzw. anerkannte Dopingopfer mit Wohnsitz im Freistaat Thüringen.

Neben diesen administrativen Hilfestellungen ist es aber gerade das zuhörende Ohr eines längerfristig zur Verfügung

stehenden Gesprächspartners, das von den Betroffenen geschätzt wird. Die ca. 1.000 jährlichen Anfragen beim ThLA spiegeln dieses Bedürfnis wider. Die Entfristung der Gesetze 2019 führt zu weiteren Anträgen und dem Wunsch nach umfassenderer Beratung und Schicksalsaufklärung.

Um den Bedürfnissen der Betroffenen nach niedrigschwelliger unkomplizierter Erreichbarkeit entgegen zu kommen und kurze Wege zwischen der Beratung zur Rehabilitation und der Antragstellung zum Härtefallfonds zu ermöglichen, eröffnet der ThLA zum 15.03.2023 eine Beratungsstelle in der Häbelerstraße 8, Erfurt. Diese ist jeden Mittwoch von 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr und 13:00 Uhr bis 16:00 Uhr für Betroffene geöffnet, die Beratungen erfolgen nach individueller Terminvereinbarung.

Dr. Peter Wurschi
 Thüringer Landesbeauftragter
 zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (ThLA)
 beim Thüringer Landtag
 Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt
 Tel. +49 (0) 361 57 3114-956
 Fax +49 (0) 361 57 3114-952
www.thla-thueringen.de
rauscher@thla.thueringen.de



Dr. Peter Wurschi, Quelle: ThLA

Korrekturen zur Ausgabe 2/23

Zum Beitrag „Der Osten denkt eben anders als der Westen“ von Dr. Bernd Müller-Kaller (VOS-Ehrenvorsitzender). Dr. Bernd Müller-Kaller ist kein VOS-Ehrenvorsitzender! Dr. Bernd Müller-Kaller ist Ehrenvorsitzender des Landesverbandes Sachsen der VOS. André Rohloff

Die Redaktion dankt allen aufmerksamen Lesern des Stacheldrahtes für die Hinweise. Danke auch für die fortwährend zahlreichen Beiträge und interessanten Zuschriften! Leider können nicht immer alle Beiträge veröffentlicht werden. Dafür bitten wir um Verständnis. Beachten Sie auch unsere jeweiligen Zitate auf der letzten Seite.

Die Redaktion

Hinweis Redaktion

Digitaler „stacheldraht“: Unsere Verbandszeitschrift „der stacheldraht“ kann für die Jahrgänge 2009 bis 2022 als PDF-Dokument Online im Archiv abgerufen werden unter: <https://www.uokg.de/der-stacheldraht/>

Abonnenten können die jeweils aktuelle Ausgabe als PDF-Dokument zugestellt bekommen. Wir bitten in diesem Fall um eine kurze Mitteilung per E-Mail an: der-stacheldraht@uokg.de

UOKG-Spendenkonto für Abonnements und Spenden

IBAN DE79 1007 0024 0734 2728 00

BIC DEUTDE33HAN

Verwendungszweck „ABO“ oder „Stacheldraht-Spende“

Die Redaktion

Zu Gast bei der letzten „Weißen Rose“ aus dem Frauenzuchthaus Cottbus in den USA



Foto: Tomas Kittan

Traute Lafrenz-Page berichtet auf ihrer Terrasse leidenschaftlich über das Frauenzuchthaus Cottbus

Liebe Gäste, wir würdigen eine großartige Frau. Und zwar nicht nur, weil sie zur „Weißen Rose“ gehörte und dafür litt. Denn das waren nur drei ihrer 100 Lebensjahre. Traute Lafrenz-Page hat es auch für ihre gesamte Lebensleistung verdient. Mir war es vergönnt, die Jubilarin persönlich kennen zu lernen.

Die Wiederentdeckung einer großartigen Frau

Anfang der 90er Jahre begann ich mit meinen Recherchen zum Zuchthaus, und war schon 1991 bei laufendem Betrieb in der JVA. 2009 erschien dann unter Mithilfe von Dr. Steffen Alisch, Saskia Arnold,

Janet Thomalsky und Steffen Krestin das „Zuchthaus Cottbus“. Erst danach erfuhr ich, dass im Frauenzuchthaus Cottbus auch neun Frauen der Hamburger Gruppe der „Weißen Rose“ inhaftiert waren. Warum so spät? In der SED-Geschichtsschreibung vom Gefängnis Cottbus zur NS-Zeit wurde nur von den Frauen der „Roten Kapelle“ und den „Nacht- und Nebelgefangenen“ gesprochen und die „Weiße Rose“ totgeschwiegen, obwohl die Gruppe um Hans und Sophie Scholl auch in der DDR als wichtiger NS-Widerstand anerkannt war.

Eine der neun Frauen im Frauenzuchthaus Cottbus überlebte die NS-Zeit nicht: Margareta Rothe. Ihr Neffe, der pensionierte Lehrer Gunther Staudacher, stellte mir den Kontakt zu Traute Lafrenz in den USA her. Daraus entstand ein Briefwechsel mit ihr. In den folgenden Telefonaten wurde deutlich, dass die alte Dame durch den strapaziösen Flug über den Atlantik eine Einladung in die Gedenkstätte nicht mehr wahrnehmen kann. Auf meine immer neuen Fragen sagte sie mir: „Kommen Sie doch zu mir. Hier können wir alles viel besser besprechen!“ Diese Chance nutzte ich.



Foto: © Tomas Kittan

Traute Lafrenz und Dr. Tomas Kittan 2018 in Charleston





Traute Lafrenz

Der Besuch auf ihrer Ranch in South Carolina

In meinem Berufsleben habe ich schon einige Prominente interviewen dürfen. Doch der Besuch bei dieser Jahrhundertzeugin in South Carolina hat mich besonders berührt. Eine halbe Autostunde südlich von Charleston liegt die Halbinsel Yonges Island. Nicht weit vom offenen Atlantik. Nur einer der typischen US-Briefkästen auf einem Holzpfahl deutet auf die Einfahrt zur Ranch ihrer Familie hin. Einen Namen findet man nicht.

Sehr große und alte Bäume mit Spanisch Moos säumen den Weg vom Highway auf das riesige Grundstück. Auf der minutenlangen Fahrt passiert man eine große Pferdeköppl. Daneben sind Ställe und Gerätehütten in schmucken grau-weißen Blockhäusern. Und wenn man am späten

Nachmittag kommt, beherrscht ein Konzert der Grillen die Luft. Es übertönte sogar unser Motorgeräusch vom Fahrzeug. Vorbei geht es an einem über 100 Jahre alten Friedhof, auf dem ihr Mann, der Arzt Veron Page liegt, der 1995 starb. Der Weg gabelt sich in Richtung Meer, links führt eine kleine Straße zur Tochter Renee, rechts geht es zu ihr.

Traute Lafrenz kommt dem Fotografen und mir von der Veranda ihres Holzhauses entgegen. Ohne Krückstock, einen Rollator brauche sie nicht. Natürlich habe ich für die letzte „Weiße Rose“ auch einen Strauß weißer Rosen dabei.

Und wer nun denkt, ich kann nach der Begrüßung sofort mit meinen Fragen loslegen, der irrt sich. Sie dreht der Spieß um. Ich werde erst mal 15 Minuten zum Befragten: Wo stamme ich her? Was ist mein Job? Wozu habe ich promoviert? Was habe ich mit dem Gefängnis zu tun? Wie sieht heute Ihr Gefängnis Cottbus von 1944/45 aus? Erstaunlich, dieses Interesse.

Noch viele Erinnerungen an die Zeit der „Weißen Rose“

Noch erstaunlicher war, wie genau sie über diese nur zwei, drei Jahre (1942-1945) als „Weiße Rose“ noch Bescheid weiß. An Details erinnert sie sich noch, wie letzte Begegnung mit Hans und Sophie Scholl, obwohl sie nur etwa eine Minute dauerte. Da waren die Geschwister mit einem Koffer voller Flugblätter auf dem Weg zu Uni. Bekanntlich der Anfang vom Ende der „Weißen Rose“. Der letzte Satz von Sophie blieb ihr bis heute in

Erinnerung: „Und die Skischuhe im Flur kannst Du haben.“ Beide hatten dieselbe Schuhgröße und fuhren gern Ski in den nahen Alpen.

Natürlich interessiert mich auch das Liebensverhältnis von Traute Lafrenz und Hans Scholl. Sie sagt sehr diplomatisch: „Hans Scholl war ein gutaussehender Mann. Ein Charismatiker, der andere mit sich zog.“

Über den „Summer of Love“ mit ihm 1941 spricht sie weniger gern. Lafrenz: „Hans hatte Probleme auf dem Gebiet der Frauen. Also Streichen sie das Thema“. Sie meint die Untreue von Hans Scholl. Und dann schlagfertig: „Wir haben uns nicht so sehr gepaart. Es war nicht so romantisch, wie sie denken.“ Dann aber recht keck: „Wir waren damals nicht prude, sondern hatten alle recht freien Umgang miteinander.“

Wie lernten sich die beiden eigentlich kennen? Der erste direkte Kontakt war Anfang Juni 1941. Hans und Traute besuchten getrennt die Brandenburgischen Konzerte von Johann Sebastian Bach im Münchener Odeon. In der Pause traf sie Alexander Schmorell, den sie schon kannte. Schmorell wiederum war bereits mit Hans Scholl befreundet. Und so machte er beide miteinander bekannt. Und schnell funkte es zwischen beiden. Traute Lafrenz gesteht, dass sie schon zuvor im Hörsaal ein Auge auf ihn geworfen hatte. „Weil er eine smarte Erscheinung war.“ Die Liebe hielt aber nur einen Sommer. Dennoch ist etwas geblieben von der Beziehung zwischen Hans und Traute: Scholls Gedicht „Sehnsucht“.

„Dort wo der Westwind herweht wohnst Du.

Und wo er hinweht,

flieht meine Sehnsucht voraus.

Als der Wind durch die Zweige blies,

starben die Blätter verweht auf den Straßen.

Weil ich Dich einmal verlieb, hab ich Dich gestern wieder verlassen.“

Relevanter als diese unerfüllte Liebe war, dass die junge Medizinerin trotz der Enttäuschung über Hans als Mann seinen Ideen treu blieb. Weil es auch ihre Auffassungen waren. Doch zurück zum Besuch: Drei Mal waren wir zu Gast. Mal saßen wir auf der Terrasse, mal im Haus. Lie-



Traute Lafrenz und Hans Scholl im Sommer 1941 am Ufer der Isar in München



Tomas Kittan am 17. März 2023 beim Bundespräsidenten.

bevoll und durchaus modern war es eingerichtet. Überall gab es bemalte Gläser, an den Fenstern und an der Decke. Frau Lafrenz hat eine schwarz-weiße Katze, die Tochter einen Hund. Während sie uns Tee kochte, saß sie locker mit gekreuzten Beinen vor uns. Fast wie im Schneidersitz. Beim Nachdenken nahm sie mehrfach ihre Arme lässig in den Nacken. Sie war wirklich auch mit 100 Jahren noch sehr gelenkig.

Ihre gesprochenen Sätze sind recht kurz und knackig. Und sie hat mitunter deftigen hanseatischen Humor. Auf das zu erwartende Todesurteil im eigenen Prozess vor dem Volksgerichtshof 1945 sagte sie: „Ob ich erhängt oder erschossen werde, ist wurscht. Schön ist beides nicht.“

Traute Lafrenz managte ihren Haushalt noch immer fast allein. Sie fährt mit dem Auto noch bis zur Post. Auch läuft sie den 120 Meter langen Steg, um im Brackwasser zu schwimmen. Im Sommer sogar täglich.

Ihre große Familie

Mit ihrem Mann, dem Arzt Veron Page, hatte sie vier Kinder: Naturheilkundeärztin Renee, Walddorfschul-Lehrer Michael,

Architekt Thomas und Scampi-Züchter Kim. Und Traute ist auch siebenfache Oma und hat fünf Urenkel. Die Familie wanderte nach dem Krieg aus, lebte erst in San Francisco, dann lange in Chicago, wo Lafrenz von 1971 bis 1994 die „Esperanza School“ leitete. Hier kümmerte sie sich um emotional gestörte, zurückgebliebene und anderweitig behinderte Kinder.

Bei meinem Besuch war Tochter Renee bei allen Gesprächen dabei. Sie erzählt, dass sie lange nicht wusste, was für eine berühmte Mutter sie hat. Durch Zufall erfuhr sie davon erst als Erwachsene auf einer Europa-Reise um 1970. Da wurde ihre Mutter zu ihrer Zeit in der „Weißen Rose“ befragt. Und da begriff sie, was ihre Mutter gelitten und geleistet hat.

Was mich beim Besuch in South Carolina besonders beeindruckte, ist die Betonung ihrer angeblich nur kleinen Rolle im Widerstand: „Die Flugblätter haben Hans Scholl, Christoph Probst und Alexander Schmorell gemacht. Mein Anteil ist ganz klein. Und ich habe alle überlebt. Meine Freunde starben.“ Welche große Bescheidenheit. Traute Lafrenz-Page steht für das gute Deutschland im Dritten Reich!

Der Bundespräsident würdigte Traute Lafrenz

Ein Nachtrag: Das Bundespräsidialamt nahm nach meinen Berichten in der B.Z. und BILD und unserem Film über die außergewöhnliche, aber fast vergessene Frau Kontakt zu ihr auf. Frank-Walter Steinmeier zeichnete sie dann im hohen Alter mit dem Bundesverdienstkreuz aus. Er schrieb ihr mehrere Briefe, gratulierte ihr darin persönlich zum Geburtstag. Im Februar würdigte sie unser Staatsoberhaupt auch ausdrücklich in seiner Rede zum 80. Jahrestag der Hinrichtung von Hans und Sophie Scholl in München. Und natürlich kondolierte er unlängst ihrer Tochter nach dem Tod von Traute Lafrenz. Bei einem Empfang im März 2023 im Schloss Bellevue konnte ich mich bei Bundespräsident Steinmeier für sein Engagement für die berühmte Gefangene aus dem Frauenzucht-haus Cottbus persönlich bedanken.

Anlässlich des Todes der letzten „Weißen Rose“ am 06. März 2023 stellt **Dr. Tomas Kittan** seinen Vortrag für den „Stacheldraht“ zu Verfügung, den er zum 100. Geburtstag von Traute Lafrenz-Page 2019 in der „Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus“ des Menschenrechtszentrums Cottbus e.V. hielt. Zuvor hatte er die prominente Frau in den USA besucht. 

Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur trauert um Günter Gasch

Am 19. März 2023 verstarb Günter Gasch im Alter von 94 Jahren in Dresden.



Foto: Ralf Marßen, LASD

Günter Gasch

Günter Gasch war einer von jenen ca. 5.000 Häftlingen, die mit den so genannten Pelzmützentransporten 1947 aus den sowjetischen Speziallagern in die Sowjetunion zur Zwangsarbeit in den GULAG deportiert wurden. Zuvor war Günter Gasch im Mai 1946 verhaftet worden und wurde wahrscheinlich aufgrund seiner Tätigkeit bei der Hitlerjugend ohne Gerichtsurteil im Speziallager Mühlberg


interniert. Günter Gasch erlebte dort, wie auch im Lager in Sibirien, unvorstellbare Haftbedingungen. Allein die Fahrt nach Anscherka im fast unbeheizten Viehwagen dauerte 33 Tage. Die Arbeit bei minus 50 Grad und bei spärlicher Nahrung ist schwer. 1948 darf Günter Gasch das erste Mal nach Hause schreiben. Zwei Jahre nach seiner Verhaftung erfahren die Eltern, dass ihr Sohn noch lebt.

Günter Gasch hat im Lager immer wieder gesundheitliche Rückschläge, erlebt einen Arbeitsunfall, kommt ins Krankenhaus. Aber er überlebt das Lager und kehrt Ende 1949 in seine Heimat zurück.

Nach seiner Rückkehr macht er da weiter, wo er herausgerissen wurde. Er schließt seine Lehre ab, gründet eine Familie und führt ein zufriedenes Leben.

Die Haftzeit holt ihn 1990 ein, denn am 01. September 1990 findet das erste Treffen der ehemaligen Häftlinge im Lager Mühlberg statt, zu dem er eingeladen

wird. Günter Gasch engagierte sich seitdem für die Aufarbeitung und die Erinnerung an jene Zeit. Er besuchte die jährlich stattfindenden Pelzmützentreffen, kam zu unseren Arbeitstreffen und sprach in Schulen über seine Erfahrungen.

Mit Günter Gasch pflegte unsere Behörde und ich persönlich einen engen Kontakt. Ich habe Günter Gasch viele Jahre gekannt, war mit ihm in Schulen unterwegs. Es war erstaunlich, dass es in seinen Schilderungen bis zuletzt immer Neues zu entdecken gab, weil Günter Gasch sein eigenes Schicksal immer wieder aus neuen Blickwinkeln betrachtete und zu unterschiedlichen Bewertungen kam. Ich mochte seine tiefgründige Art, seine Ernsthaftigkeit, die aber nie in Verbissenheit umschlug. Günter Gasch schaute nie mit Groll auf seine entbehrungsreiche Zeit zurück. Er hatte eine sehr freundliche Art und vertrat eine stille, auf Aussöhnung gerichtete Lebensweise. Dies hat mir immer imponiert. Wir alle werden Günter Gasch sehr vermissen. 

Forschungsstudie sucht Zeitzeuginnen und Zeitzeugen zum Thema Zwangsadoption

Die vom Bundesministerium des Innern und für Heimat geförderte Studie „Zwangsadoptionen in der DDR/SBZ in der Zeit von 1945 bis 1989“ ist auf der Suche nach Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, die ihre Erfahrungen und Erlebnisse in Bezug auf das Thema teilen wollen.

Die Initiatoren der Studie wollen besser verstehen, wie die Abläufe und Strukturen im Kontext von Zwangsadoptionen gestaltet waren und die Perspektive von Kindern, Eltern und betroffenen Familien beleuchten. Dazu möchten sie persönliche Gespräche führen und sind deshalb auf der Suche nach Betroffenen, die Erfahrungen mit dem Thema Zwangsadoption in der DDR/SBZ gemacht haben. Dies können zum einen Kinder und Eltern sein, die von Zwangsadoption in der DDR/SBZ zwischen 1945 und 1989 betroffen sind, aber auch Adoptiveltern, andere Verwandte oder Personen, die Zeuge/Zeugin von Adoptionsverläufen geworden sind.

Wenn Sie Interesse daran haben, Ihre Erfahrungen zu teilen, melden Sie sich bitte über das Zeitzeugenportal oder die dort angegebenen Kontaktdaten, den Link dazu finden Sie in diesem Studienaufruf, außerdem finden Sie hier den Flyer zum Projekt sowie eine Auflistung an Hilfsangeboten.

Alle Angaben, die Sie machen sind freiwillig und werden vertraulich behandelt. Weitere **Informationen zum Projekt finden Sie unter den folgenden Links:**

- Website des Verbundprojektes: Zwangsadoption in der DDR – Deutsches Institut für Heimerziehungsforschung (dih-berlin.de)
- Website Teilprojekt der Universität Leipzig: Aufarbeitung von Zwangsadoptionen in der DDR/ SBZ in der Zeit von 1945-1989 (Teilprojekt der Universität Leipzig)


- Website Teilprojekt der Medical School Berlin: Aufarbeitung von DDR-Zwangsadoptionen | MSB (medicalschool-berlin.de)

Instagram: https://www.instagram.com/zwangsadoption_ddr_forschung/

Facebook: <https://www.facebook.com/people/Zwangsadoption-DDR-Forschungsverbund/100087413388074/>

Twitter: <https://twitter.com/DDRAadoption>

Kontakt

Forschungsprojekt Zwangsadoption in der DDR/SBZ in der Zeit zwischen 1945 und 1989
Universitätsmedizin Leipzig,
Abteilung für Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie
Tel. 0341 9715458 

Appell zum 70. Jahrestag des Volksaufstandes am 17. Juni 1953 in Mitteldeutschland

Vor 70 Jahren wurde deutsche Geschichte geschrieben. Die vom kommunistischen SED-Regime und der sowjetischen Besatzungsmacht unterdrückte Bevölkerung in Mitteldeutschland erhob sich damals mit bloßen Händen nicht nur gegen unmenschliche Arbeitsnormen, sondern auch gegen das damalige stalinistische Unterdrückungssystem und forderte letztendlich unmissverständlich die Einheit Deutschlands.

Der Aufstand wurde von der Roten Armee und den Schergen der DDR-Staatsicherheit blutig niedergeschlagen. Danach wütete die sozialistische Strafjustiz unter Justizministerin Hilde Benjamin. 7 Todesurteile wurden ausgesprochen und vollstreckt, weit über 50 Menschenleben waren unter den Aufständischen selbst zu beklagen.

Die vor 70 Jahren von mutigen Patrioten entzündete Flamme der Freiheit, der Selbstbestimmung und der Einheit Deutschlands ist danach nie ganz erloschen und entfaltete 36 Jahre später, nämlich am 09. November 1989 mit dem Zusammenbruch der Berliner Mauer endlich ihre volle Strahlkraft. Hunderttausende politischen Häftlinge in den DDR-Haftanstalten, die Republikflüchtlinge und Ausreiseantragsteller sowie letztendlich die Demonstranten der Friedlichen Revolution von 1989 auf den Straßen von Leipzig, Dresden, Berlin, Plauen und anderswo haben durch ihren mutigen Kampf gegen die Unfreiheit den Weg zur Wiedervereinigung unseres Vaterlandes geebnet.

Die Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. als älteste SED-Opfer- und Widerstandsorganisation, die beim Ministerium für Staatssicherheit unter dem Namen „Pest“ verfolgt und zersetzt werden sollte, fühlt sich angesichts dieses historischen Gedenktages berufen, an die führenden Repräsentanten und Politiker unseres Landes zu appellieren, diesen herausragenden Tag der Deutschen Geschichte gemeinsam mit den noch lebenden Opfern des SED-Regimes in Würde und Dankbarkeit öffentlich zu begehen.

Denn dieser Tag bietet wie kein anderer den politisch Verantwortlichen die Gelegenheit, nicht nur die mutigen Kämpfer von einst zu würdigen, sondern auch zur kritischen Selbstreflexion, ob insbesondere nach der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten wirklich alles getan wurde, das begangene Unrecht gegenüber den SED-Opfern aus der Welt zu schaffen und ihnen die zustehende ideelle und materielle Gerechtigkeit zukommen zu lassen.

Denn es besteht u.E. diesbezüglich nach wie vor ein großer Handlungsbedarf. Nach wie vor leben viele der ehemals Verfolgten der 2. Deutschen Diktatur unterhalb der Armutsgrenze und sind auf Sozialleistungen angewiesen.

Unser Verband hat vor der letzten Wahl zum Deutschen Bundestag Wahlprüfsteine an alle im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien versandt. Wäre dieser historische 70. Gedenktag an den Volksaufstand nicht die beste Gelegen-

heit, nichtgegebene Zusagen kritisch zu überprüfen und längst gegebene Versprechungen gegenüber den Opfern des SED-Regimes endlich einzulösen?

Die Mitglieder und Repräsentanten der VOS, aber auch der übrigen unter dem Dach der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) organisierten Opfer- und Flüchtlingsverbände werden diesem unseren 70. Gedenktag am kommenden 17. Juni mit hoher Erwartung entgegensehen.

Bitte vergessen Sie angesichts der historischen Bedeutung dieses bevorstehenden Ereignisses nicht die letzten noch lebenden Patrioten und Kämpfer für das wiedervereinte und demokratische Deutschland!

Verstehen Sie unseren Appell als eine Botschaft an nachfolgende Generationen, dass sich ein Kampf für Freiheit und Gerechtigkeit für die Mutigen und Entschlossenen immer lohnt.

Hugo Diederich
Bundesvorsitzender
Felix Heinz Holtschke
stellv. Bundesvorsitzender
May-Britt Krüger
stellv. Bundesvorsitzende

VOS – Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V.

Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus
Förderungswürdige und gemeinnützigen Zwecken dienende Organisation –
Gründung am 01.02.1950
Berlin, 12. Februar 2023



Letztes Mitglied der Widerstandsgruppe Weiße Rose verstorben

Dieter Dombrowski, Vorsitzender des Vereins Menschenrechtszentrum Cottbus e. V., und Heide Schinowsky, geschäftsführende Vorsitzende und Leiterin der Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus, erklären: „Am 06. März 2023 verstarb Traute Lafrenz, die Namensgeberin unserer Gedenk- und Begegnungsstätte, dem Menschenrechtszentrum Cottbus, im Alter von 103 Jahren.

Traute Lafrenz (verh. Lafrenz-Page) war das letzte lebende Mitglied der Wider-

standsgruppe Weiße Rose. Zu ihrem 100. Geburtstag hatte die Bundesrepublik Deutschland ihr Wirken im Widerstand gegen das NS-Regime mit der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes gewürdigt. Traute Lafrenz, die auch mit Hans Scholl eng verbunden war, war eine fröhliche Frau mit Courage. Wie auch andere Frauen der Widerstandsgruppe Weiße Rose war sie zeitweise im Zuchthaus Cottbus inhaftiert.

Wir sind Traute Lafrenz dankbar dafür, dass unsere Gedenk- und Begegnungs-

stätte ihren Namen tragen darf. Sie war und ist für uns Vorbild und Verpflichtung, alles zu tun und nichts zu unterlassen, um das hohe Gut der Demokratie zu erhalten.

Heide Schinowsky
Geschäftsführende Vorsitzende Menschenrechtszentrum Cottbus e. V. (MRZ)
Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus
Bautzener Str. 140
03050 Cottbus
Web: www.menschenrechtszentrum-cottbus.de



Neuer Beauftragter für die deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler

Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat Heiko Hendriks (Mülheim an der Ruhr) für weitere fünf Jahre zum Beauftragten für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern bestellt. Darüber hinaus hat das Ministerium für Kultur und Wissenschaft Herrn Hendriks erneut zum Vorsitzenden des Landesbeirates für Vertriebenen-, Aussiedler- und Spätaussiedlerfragen benannt. Der 56-jährige Heiko

Hendriks übt die beiden Funktionen seit Februar 2018 aus.

Deutsche Heimatvertriebene, Aussiedler und Spätaussiedler sowie Übersiedler und Flüchtlinge aus der damaligen DDR sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft und engagieren sich auf vielfältige Art und Weise in Nordrhein-Westfalen. Dies will die Landesregierung besonders würdigen und durch einen Ansprechpartner für diese Zielgruppe begleiten.

zu, dass ich mich weiterhin mit großem Engagement dem Aufgabenfeld widmen werde“

In einer Phase, in der es für Vertriebene auch gilt den Übergang von der Erlebnissgeneration zu nachfolgenden Generationen zu gestalten, hat der Angriffskrieg auf die Ukraine noch einmal verdeutlicht, wie eng die Bezüge der Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern zu aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen sind. Es gilt zu verdeutlichen, welche Gemeinsamkeiten zwischen diesem Personenkreis im Hinblick auf Aufgabe des bisherigen Lebens und einem Ankommen in einer neuen Gesellschaft mit jetzt neu zu uns kommenden Menschen bestehen.

Hintergrundinformationen

Bis 1989 sind mehr als 2,4 Millionen deutsche Heimatvertriebene und Flüchtlinge aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten (ca. 1,35 Millionen) sowie aus der ehemaligen SBZ/DDR (ca. 1,1 Millionen) nach Nordrhein-Westfalen gekommen. Des Weiteren hat Nordrhein-Westfalen rund 700.000 Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler aufgenommen, die größte Gruppe bilden die sogenannten Deutschen aus Russland, gefolgt von Deutschen aus Polen und Rumänien. 🇩🇪



Gonca Türkeli-Dehnert, Staatssekretärin im Ministerium für Kultur und Wissenschaft, und Heiko Hendriks, Beauftragter der Landesregierung für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern.

Gonca Türkeli-Dehnert, Staatssekretärin im Ministerium für Kultur und Wissenschaft: „Heiko Hendriks hat in den vergangenen Jahren bewiesen, dass es durch die Funktion des Beauftragten möglich ist, die Interessen der Gruppen gezielt zu vertreten und ihnen Gehör zu verschaffen. Die erneute Berufung drückt somit nicht nur die Wertschätzung für seine geleistete Arbeit, sondern auch für die zugewanderten Menschen, ihre Anliegen sowie ihre spezifischen Lebenswege aus.“ Heiko Hendriks: „Ich freue mich über die erneute Berufung und bedanke mich sehr herzlich für das entgegengebrachte Vertrauen. Ich sage

Farbanschlag auf das Gräberfeld „Karnickelberg“

Nur wenige Tage vor der Gedenkfeier und Kranzniederlegung zur Erinnerung an den ersten, großen Gefangenenaufstand von politischen Häftlingen der DDR in Bautzen, haben Unbekannte die Gedenkstätte mit Farbschmierereien geschändet. So wurde unter anderem die Sandsteinfigur der „Pieta“ ebenso wie der Schriftzug an der Ringmauer, Hinweistafeln und Geländer mit Farbe besprüht. Die Höhe des Schadens ist noch nicht ermittelt, sie dürf-

te aber im vierstelligen Bereich liegen. Die Polizei ermittelt gegen Unbekannt.

Der Gedenkgottesdienst und die Kranzniederlegung fanden trotzdem im Beisein des neuen Schirmherrn des Bautzen-Komitees, Oberbürgermeister Carsten Vogt, und Vertretern politischer Organisationen statt. Auf dem Gräberfeld hinter der Haftanstalt ruhen in mehreren Gräberreihen 248 Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft aus den Bautzener Gefängnissen. Sie stehen stellvertretend für über 3.000 Häftlinge, die zur Zeit des sowjetischen Speziallagers nach 1945 nackt, anonym und würdelos in Massengräbern verscharrt wurden, über denen die DDR später bis zu zehn Meter hoch Schutt und Geröll aufhäufte.



Sandsteinfigur der „Pieta“

Alexander Latotzky

Vorsitzender Bautzen-Komitee e.V.

Veranstaltungshinweis

Am 14. Oktober 2023 veranstaltet die UOKG zusammen mit dem Thüringer Archiv für Zeitgeschichte (Projekt „Denkorte“) in Erfurt einen Kongress unter dem Thema „Die unbekanntesten Schmuddelkinder – Jugendhäuser in der DDR. Geschichte. Insassen. Folgen.“ Anmeldungen und Informationen in Kürze auf www.uokg.de/projekte/jugendhaus/

Nachruf auf den wichtigsten Doping-Aufklärer Deutschlands

Der weltweit renommierte Krebsforscher und Anti-Doping-Experte Professor Werner Franke aus Heidelberg verstarb am 14. November 2022 im Alter von 82 Jahren. Bis zum Jahr 2021 war der 1940 in Paderborn geborene Wissenschaftler noch oft im Deutschen Krebsforschungszentrum (DKFZ) in Heidelberg in seinem Labor bei der Arbeit anzutreffen. Mehr als fünf Jahrzehnte hatte sich der mit zahlreichen internationalen Wissenschafts-



Prof. Werner Franke
Quelle DKFZ Heidelberg

preisen ausgezeichnete Professor für Zell- und Molekularbiologie, Franke, zusammen mit seiner aus Dankmarshausen bei Eisenach stammenden Frau, Brigitte Berendonk, der Aufklärung von Dopingmachenschaften im Welt-Sport gewidmet. Brigitte Berendonk nahm als Diskuswerferin 1968 und 1972 für die Bundesrepublik an den Olympischen Spielen teil und sah, wie sich dort ihre Konkurrentinnen in kurzer Zeit durch enormen Muskelzuwachs, verursacht durch Anabolika, verändert hatten. Seither warnten sie in der Öffentlichkeit vor der Doping-Seuche, doch selbst im Westen ignorierten die Sportfunktionäre und Politiker größtenteils die Mahnungen.

Im Jahr 1991 veröffentlichten beide das fundierte Buch „Doping-Dokumente. Von der Forschung zum Betrug“, worin sie das systematische Doping in der DDR, aber auch in der Bundesrepublik, aufdeckten. In der Militärmedizinischen Akademie der NVA der DDR in Bad Saarow, gelang es dem Ehepaar Franke-Berendonk nach dem Mauerfall, streng geheime Doping-

akten vor der Vernichtung zu bewahren und international zugänglich zu machen. Besonders die Vergabe von männlichen Sexualhormonen an Mädchen und junge Frauen kritisierte Franke „als menschenverachtend und schweres Verbrechen“. Auch die Mitverantwortung des Anabolika-Herstellers „VEB Jenapharm“ in Jena sowie die Beteiligung zahlreicher Sportärzte am DDR-Staatsdopingsystem, hatte er offengelegt. Im Jahr 2004 wurde das Ehepaar für seine großen Verdienste mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Franke hatte wegen seiner konsequenten Aufklärungsarbeit in den Reihen der Sportfunktionäre, Mediziner und Politiker viele Gegner, wurde oft verklagt, konnte jedoch die Verfahren meist gewinnen. Werner Franke war es auch, der bereits 1991 Strafanzeige gegen Verantwortliche des DDR-Staatsdopings stellte, woraufhin etliche Täter bis hin zum langjährigen DDR-Sportchef Manfred Ewald und dem leitenden Sportmediziner Manfred Höppner vor Gericht verurteilt wurden. Aber er brachte auch mehrere West-Doper vor Gericht.

Franke war immer als ein Mann der klaren Worte bekannt: Das im Dezember 2015 in Kraft getretene deutsche Anti-Doping-Gesetz hielt Franke für „eine lügenhafte Versäufung des deutschen Volkes“. Er hatte lange zuvor darauf hingewiesen, dass in Deutschland das Verschwiegenheitsrecht – auch von Doping-Medizinern generell in Anspruch genommen – ein Unding sei. Selbst das für den Sport zuständige Bundesinnenministerium habe seit den siebziger Jahren Doping-Mediziner geschützt. Franke hatte auch das Doping beim einst prominentesten deutschen Radrennstall Team Telekom/T-Mobile von Jan Ullrich und Kollegen, vor Gericht nachgewiesen. Zuvor war Franke sogar von der ARD, die jahrelang dieses Radteam unterstützt hatte, verklagt worden.

Zu den mit Anabolika zustande gekommenen Leichtathletik-Rekorden von DDR-Sportstars sagte Franke: „Das ist alles eine verbrecherische Farce und wahrlich keine Orientierung für die heutige Jugend.“ Zudem kritisierte er den Doping-Opfer-Hilfe-Verein. Dieser würde seiner Ansicht nach unwissenschaftlich arbeiten und die von zahlreichen, damals erwachsenen DDR-Athletinnen und Athleten einst praktizierte, wissentliche Einnahme

von Dopingpräparaten und die damit einhergehende Eigenverantwortung, kleinreden. Franke veröffentlichte dazu im Jahr 2018 gemeinsam mit dem Heidelberger Sportpädagogen, Prof. Gerhard Treutlein (am 14. März 2022 verstorben), dem einstigen Thüringer Hochschulsportlehrer Henner Misersky sowie der Publizistin Claudia Lepping, ein umfassendes Dossier „Blackbox DOH – Wie Politik und Öffentlichkeit mit fragwürdigen Zahlen getäuscht werden“. Darin forderten sie unter anderem auf, „das Dopingopferhilfegesetz zu evaluieren und die Prüfverfahren für Entschädigungszahlungen strenger und transparenter zu gestalten“, um Missbrauch durch Betrüger zu verhindern. Denn schließlich ging es um erhebliche, öffentliche Gelder. Auch die Zunft der Sportjournalisten kritisierte er öfters. Etliche von ihnen hätten viele Jahre durch übertriebene Jubel-Berichte und Wegschauen sowie unterlassenes Hinterfragen von außergewöhnlichen sportlichen Leistungen „Betrug am Volk“ begangen.

Am Krebsforschungszentrum in Heidelberg hatte Franke in seinen letzten Lebensjahren begonnen, ein weiteres öffentliches Doping-Archiv einzurichten mit vielen Prozessakten und Dokumenten aus den vergangenen Jahrzehnten. Sein jahrelanges Wirken bilanzierte er so: „Als Wissenschaftler ist es meine Pflicht, auf Missstände hinzuweisen.“ Werner Franke hinterlässt eine große Lücke, die kaum jemand schließen kann. Am 16. Dezember 2022 fand ihm zu Ehren eine große Trauerfeier in Heidelberg statt, wo die Familie, aber auch viele seiner einstigen Wissenschaftler-Kollegen, Mitarbeiter und Weggefährten Abschied nahmen.

Thomas Purschke

Umzug, Lieferadresse, Änderungen?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, E-Mail: der-stacheldraht@uokg.de, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

Jena-Paradies. Die letzte Reise des Matthias Domaschk

Matthias Domaschk aus Jena will sein viel zu kurzes Leben in der DDR ohne staatliche Einflüsse und Forderungen selbst und unangepasst gestalten. Weil ihm ein Verhör in der Untersuchungshaftanstalt Gera in-

nerlich keine andere Wahl lässt, beendet er es 1981 mit 23 Jahren. Sein Schicksal bewegt viele Menschen bis heute. Der Journalist Peter Wensierski berichtet seit 1979 aus der DDR und trägt in diesem Buch alles Wesentliche über die Widersprüche, Lügen und Schikanen der SED-Herrschaft zusammen, und zwar am Beispiel des tragisch endenden Matthias Domaschk.

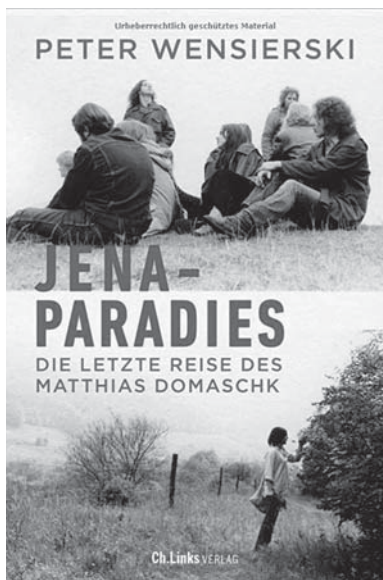
Matthias (Matz) will sich schon in der Schule immer wieder Freiräume verschaffen und nicht länger drangsaliert werden. Als Junger Pionier will er noch „dazugehören“ und an Pioniernachmittagen und Fahnenappellen teilnehmen. Aber in der 6. Klasse nimmt er (als Christ) schon nicht mehr am Pfingstarbeitseinsatz teil. Jahre später wird er („Biermann-Anhänger“) von der Schule verwiesen und statt Abi zu machen, lernt er Feinmechaniker bei Carl Zeiss Jena. Er liebt Musik aus dem Westradio und drückt seinen Protest immer frecher aus, manchmal mit Humor gewürzt. Auf der Zugfahrt nach Berlin, wo er Freunde treffen will, verhaftet ihn und seine kleine Gruppe die Stasi vorsorglich, damit sie nicht den X. Parteitag der SED stören könnten. Die Verhöre sind schikanös und zermürend, so dass er sich in

seiner Zelle umbringt. „Auch wenn er sein Hemd dazu genommen hat. Matthias begann keinen Selbstmord. Er wurde in den Tod getrieben und viele waren beteiligt“, meinen Freunde und auch der Autor.

Wensierski ist es gelungen, nachdem er 60.000 Aktenseiten aus Kirchen-, Partei- und Staatsarchiven, Tagebücher und Briefe durchforstet, Freunde und Wegbegleiter befragt hat, detailliert und mit vielen Rückblenden ein 365-seitiges Werk über das Leben von Matz vorzulegen. So kam eine erstklassige „Nahaufnahme des weitgehend verborgenen Innersten des autoritären Machtapparats und seiner Vollstrecker“ zustande.

Unterstützt wurde der Autor vor allem von Stefanie, Matzes Schwester, und zahlreichen Stellen, z.B. auch durch Dr. Henning Pietzsch (heute „Stacheldraht“-Redakteur) von der Erfurter Arbeitsgruppe zur Klärung der Todesumstände von Domaschk. Schülerinnen und Schüler der Mittel- und Oberstufe ist zu empfehlen, das Buch als „Jugendroman“ im Klassenverband zu lesen.

Berthold Schäffner



.....
 Peter Wensierski: *Jena-Paradies. Die letzte Reise des Matthias Domaschk*. Ch. Links Verlag 2023, 368 Seiten, ISBN 978-3962891862

Aussöhnungspolitik als Handlungstheorie

Vor dem Hintergrund unzähligen politischen, staatlichen und moralischen Unrechts in allen Staatsformen und Gesellschaften stellt sich immer wieder die Frage, wie damit umgehen? Ist Aussöhnung möglich? Ja, sagt Maria Palme, die Autorin des Buches „Aussöhnungspolitik als Handlungstheorie“. Doch es ist ein langer öffentlich kontroverser Prozess und ein multiperspektivischer Dialog bis zur innergesellschaftlichen und zwischengesellschaftlichen Befriedung nötig. Die politischen Handlungsoptionen dahinter greifen dabei auf das moralische Leitbild des universellen Menschen- und Völkerrechts zurück. Historisch lehnt sich dieses wiederum an Erfahrungen aus der griechischen Antike an, denn Versöhnung ist nichts neues. Versöhnung spielt bis in das Alltägliche hinein eine zentrale Rolle im Miteinander jeder Gesellschaft.

Wie also konnte und kann gesellschaftliche Aussöhnung gelingen? Um dies zu diskutieren, greift die Autorin zwei

unterschiedliche Erfahrungswelten der Gegenwart auf, die Aufarbeitung und Aussöhnungspolitik im Vergleich von Ostdeutschland und Südkorea nach 1990. Die historischen und politische Ausgangsbedingungen könnten nicht unterschiedlicher sein. Auch kulturelle Traditionen und gesellschaftliche Strukturen sind verschieden. Sie verbindet andererseits das gewachsene Bewusstsein für die universellen Menschenrechte. Enquetekommission hier, Wahrheitskommission dort, so unterschiedlich wie spezifisch, insgesamt geht es stets um das jeweilige Potential der Aussöhnungspolitik, auch für gegenwärtige und zukünftige Konflikte. „Der Vergleich zeigt: eine zentrale Bedingung für das Gelingen einer nationalen Aus-



.....
 Maria Palme, *Aussöhnungspolitik als Handlungstheorie. Zum Umgang mit Schuld in Südkorea und Ostdeutschland nach Ende des Kalten Krieges*, Verlag wbg Academic ist ein Imprint der wbg © 2022 by wbg (Wissenschaftliche Buchgesellschaft), Darmstadt, ISBN 978-3-534-40698-2, Elektronisch ist folgende Ausgabe erhältlich: eBook (PDF): 978-3-534-40699-9

söhnung ist nicht nur der Zeitpunkt der Unrechtsaufarbeitung, sondern auch die adäquate Einbeziehung von Strafverfolgung und Wiedergutmachungsmaßnahmen für die Opfer.“

Das vorangestellte Zitat dieser akademischen Tiefenanalyse steht dabei in enger Verbindung zur konkreten Erfahrungs-

welt und bleibt deshalb nicht nur abstrakte wissenschaftliche Betrachtung: „Dieses Universum der Moral bedeutet, daß trotz allem gegenteiligen Anschein das Böse und das Unrecht und die Unterdrückung und die Lügen nicht das letzte Wort haben.“ (Desmond Tutu, Keine Zukunft ohne Versöhnung, Düsseldorf, Patmos-Verlag 2001, S. 76–77).

Insbesondere Institutionen, die sich mit der Aufarbeitung von Diktaturgeschichte oder mit der zumeist abstrakten Akademisierung von Opfer- und Tätergesellschaften befassen sei dieses Buch dringend empfohlen. Das Buch ist insofern auch eine Handlungsanleitung zur Aussöhnungspolitik und nicht nur Theorie.

Henning Pietzsch

Abgeholt – verschwunden – hingerichtet

Zu den Büchern, die man mit gutem Recht als Standardwerke bezeichnen kann, gehört diese neue Publikation der Landesbeauftragten des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Birgit-Neumann-Becker. Zu den weiteren Autoren gehört Edda Ahrberg, die selbst elf Jahre als Landesbeauftragte tätig war. Auch Frank Drauschke und Andreas Weigelt sind mit an diesem Werk beteiligt.

Viele Beiträge sind schwer zu ertragen, weil sie unendliches Leid zeigen, welches Menschen in der Sowjetischen Besatzungszone (1945-1949) und der DDR (ab 1949) erlitten haben. Die sowjetische Geheimpolizei, aktiv von deutscher Polizei und vor allem von SED-Funktionären unterstützt, übte sofort nach dem Untergang der Nazi-Diktatur Terror aus, oft auch gegen Menschen, die zufällig in ihr Räderwerk kamen.

Obwohl die Verfassung der DDR von 1949 im Artikel 10 die Auslieferung von Deut-

schen verbot, wurden etwa eintausend Menschen in die Sowjetunion verschleppt und dort vielfach hingerichtet. Wahrscheinlich gibt es zusätzlich noch viele weitere ungeklärte bzw. unbekannt Fälle. Auch wenn es unter den Hingerichteten auch Funktionäre der NSDAP oder Angehörige der SS gab, bleibt es ein historisches Fehlurteil, wenn bis heute manche Historiker alle diese Menschen als Kriegsverbrecher diffamieren, denn kein einziger bekam ein rechtsstaatliches Verfahren. Es war reiner Terror. Es war eben auch nicht für alle eine Befreiung, weil sehr schnell die NS-Diktatur von einer neuen Diktatur auf deutschem Boden abgelöst wurde.

Dieses empfehlenswerte Buch sollte Eingang auch in Schulen, Gymnasien und Ausbildungsstätten für Lehrer finden, weil es dort oft gewaltige Wissenslücken über die Diktatur zwischen 1945–1989 gibt.

Alexander W. Bauersfeld



.....
Abgeholt, verschwunden, hingerichtet
 Hg.: Birgit Neumann-Becker, Mitteldeutscher Verlag Halle/Saale 2022, 707 Seiten, ISBN 978-3-96311-463-2

Friedensgemeinschaft Jena 1983 – Zeitzeugen-Interviews

11. Teil der Projektreihe „Zeitzeugenwerkstatt“ der Geschichtswerkstatt Jena. Anfang der 1980er Jahre engagierten sich junge Menschen in Jena für Veränderungen, miteinander verbunden durch christliche, pazifistische und humanistische Motive. Vor 40 Jahren – im Frühjahr 1983 – trat eine Gruppe mit eigenen Aktionen und Forderungen an die Öffentlichkeit. Auf ihren Transparenten und Plakaten stand unter anderem: „Frieden schaffen ohne Waffen“, „Verzichtet auf Gewalt“, „Militarisierung raus aus unserem Leben“, „Weg mit dem Kriegsspielzeug“ und „Schwerter zu Pflugscharen“. Über den DDR-weit einmaligen Vorgang wurde auch im Westen berichtet. „Zehn sind manchmal wie Zehntausend“, so hatte der Schriftsteller Jürgen Fuchs, bereits 1977 nach West-Berlin ausgewiesen, die

besondere Situation in Jena beschrieben. Doch neben der staatlichen Propaganda vom „Friedensstaat DDR“ wurden die Stimmen einer unabhängigen Friedensbewegung nicht geduldet. Nach Repressionen durch Behörden und Geheimpolizei (Aktion „Gegenschlag“) verließen die meisten Mitglieder der Friedensgemeinschaft das Land.

In der filmischen Dokumentation von Daniel Börner und Torsten Eckold kommen beteiligte Zeitzeuginnen und Zeitzeugen selbst zu Wort. Welche Lebenswege und Entscheidungen führten sie damals als Gruppe zusammen? Was bedeutete das Eintreten für Frieden auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges? Wie schauen die Protagonisten auf das Erlebte zurück?

„Friedensgemeinschaft Jena 1983. Skizzen eines Protests“ (2023, komplett)
<https://m.youtube.com/watch?v=kWZKsQW-dMw>

Die Zeitzeugenwerkstatt der Geschichtswerkstatt Jena wird kontinuierlich fortgeführt und erweitert.
<http://www.geschichtswerkstatt-jena.de/>

.....

Grotewohl-Express

Die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen bietet jeden Donnerstag um 13.00 Uhr einen Rundgang mit Zeitzeugen und Besichtigung des „Grotewohl-Expresses“ an. Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Genslerstr. 66, 13055 Berlin, Tel. (030) 98 60 82 30

.....

Zwischen Fahneneid und Hippokrates

Die Autobiographie des einstigen forensischen Psychiaters im Stasi-Haftkrankenhauses (HKH) Horst Böttger hinterlässt einen zwiespältigen Eindruck. So findet er im Gegensatz zu anderen ehemaligen Stasi-Mitarbeitern teilweise kritische Worte zum vormaligen klandestinen Dienstherrn sowie zu den gesellschaftlichen Defiziten der DDR. Seine Ausführungen zur eigenen Rolle als Facharzt im Repressionssystem des MfS bleiben jedoch ausweichend, vage und lückenhaft. Dadurch trägt sein lebensgeschichtlicher Rückblick letztlich eher zur Beschönigung und Verschleierung der historischen Geschehnisse am Haftort Berlin-Hohenschönhausen bei.

Aufgewachsen ist der 83 Jahre alte Böttger in Leipzig. Maßgebliche politische Orientierung vermittelte ihm als Jugendlicher der während seiner sowjetischen Kriegsgefangenschaft umgeschulte Stiefvater. Die eigene positive Haltung zur jungen DDR begründet Böttger zudem mit dem von ihr praktizierten „Antifaschismus“.

Im ersten Teil seines Lebensreports schildert er die Etappen seiner beruflichen Entwicklung vom Forstarbeiter zum Bereitschaftspolizisten bis zum Medizinstudenten in Leipzig. Kurz vor den Abschlußprüfungen Juli 1971 gewinnt ihn ein Kaderreferent der Stasi für eine hauptamtliche Karriere beim MfS. Ursächlich für diese

Werbung war nicht, wie Böttger schreibt, seine soziale Herkunft „aus der Arbeiterklasse“, sondern seine politische Zuverlässigkeit, die er mit seiner Mitgliedschaft in der FDJ ab 14 Jahren und seiner Funktionsausübung in der SED ab 1960 konstant unter Beweis gestellt hatte. Korrekterweise erwähnt der Autor das Privilegiensystem, von dem er als MfS-Offizier fast zwei Jahrzehnte partizipieren konnte. Aber auch hier gerät seine Selbstdarstellung auffällig selektiv. Unerwähnt bleiben die in militärischen Strukturen der DDR üblichen finanziellen Zuschüsse, wie Bekleidungs-, Essens- und Wohngeld oder auch der hohe jährliche Urlaubsanspruch von neununddreißig Werktagen.

Nach erfolgreicher Facharztausbildung auf dem Gebiet der Psychiatrie und Neurologie wurde der nunmehrige Dr. med. im Februar 1978 in das im Gefängnis-komplex Berlin-Hohenschönhausen gelegene HKH versetzt. Zu seinen Aufgaben gehörten die Untersuchung und Behandlung von Untersuchungsgefangenen mit neurologischen sowie mit psychischen und psychiatrischen Krankheitsbildern, aber auch die Ausübung des allgemeinärztlichen Bereitschaftsdienstes und die Teilnahme an den Dienstberatungen mit dem HKH-Leiter. Einen Schwerpunkt der „operativen“ Tätigkeit des Autors bestand in der forensisch-psychiatrischen Begutachtung von Untersuchungsgefangenen der Stasi. Dabei sollte festgestellt werden, ob die Betroffenen während der Tatzeit voll, eingeschränkt oder nicht zurechnungsfähig waren und strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden konnten. Bei der Schilderung dieser sensiblen Dienstaufgaben bleibt Böttger wiederum recht allgemein. Gerade zu diesem Thema hätte der interessierte Leser mehr erläuternde und konkrete fallanalytische Ausführungen erwartet. Beispielsweise betrifft das folgende Problemfelder und Fragestellungen: Bei welchen inhaftierten Personen und auf welcher gesetzlichen Grundlage wurde eine Evaluierung vorgenommen? Fanden Alkoholmissbrauch und das jugendliche Alter von Betroffenen Berücksichtigung? Wie wurden die Explorationsergebnisse von der „Linie IX“ des MfS und der DDR-Justiz angenommen? In welcher Größenordnung wurden Einwei-

sungen in eine psychiatrische Einrichtung angeraten? Wie konnten in Abwesenheit der Untersuchungsgefangenen nur auf Basis der vielfach erzwungenen und von den Vernehmern verfassten Verhörprotokolle sowie von weiteren MfS-Unterlagen adäquate Persönlichkeitseinschätzungen erstellt werden?

Böttger beteuert in seinem Buch mehrfach, dass er sich gegenüber den untersuchten und therapierten Gefangenen fachgemäß korrekt verhalten und diesbezüglich den Eid des Hippokrates nicht gebrochen habe. Anderslautende Äußerungen ehemaliger Inhaftierter bezeichnet er als „Fehlbewertungen tatsächlicher Wahrnehmungen auf subjektiver Grundlage“ oder „schlicht [als] falsche Aussagen über das Erlebte und zur Behandlung“.

Die retrospektive Darstellung Böttgers auf seine ehemalige Wirkungsstätte enthält eine Reihe verklärender und ungenauer Ausführungen. So schätzt er u. a. die Aufenthaltssituation in den Krankenzellen mit ihren Glasbetonbausteinen an Stelle von Fenstern für seine medizinische Zielgruppe als vergleichsweise „weniger belastend“ ein. In diesen Räumlichkeiten führten die Stasi-Vernehmer vielfach auch Verhöre durch. Im Gegensatz dazu schreibt Böttger, dass „gelegentliche Gespräche eines Vernehmers mit einem Kranken“ im Raum 14 des HKH stattfanden, wobei es „meist [...] um organisatorische Probleme oder um die Übergabe der Post“ ging. Daß er, wie das gesamte medizinische Personal des HKH, eine dem geheimpolizeilichen Untersuchungsverfahren dienende Funktion hatte, scheint Böttger bis heute ebenso wenig wahrhaben zu wollen, wie die tagtägliche Kollision dieser Funktion mit dem medizinischen Ethos.

Nicht mehr erinnern möchte sich Böttger an seine damaligen Aktivitäten als SED-Mitglied. Wie aus seiner Kaderakte hervorgeht, übte er „mit seinen sehr guten politisch-ideologischen Kenntnissen“ die Funktion eines Mitgliedes des Propagandaaktivs der SED-Parteioorganisation des Zentralen Medizinischen Dienstes (ZMD) aus. Weiter wird hervorgehoben, dass er es als Propagandist im Parteilehrjahr verstand, „ein interessantes Seminar mit aktuellen Bezügen und in Verbindung mit [dem] Klassikerstudium zu gestalten.“

Im Kollektiv mit drei weiteren Stasi-Offizieren verteidigte Böttger 1985 an der



.....
 Horst Böttger: *Zwischen Fahneneid und Hippokrates. Als forensischer Psychiater im Haftkrankenhaus des MfS. Autobiografie*, edition berolina, Berlin 2022, 240 Seiten, ISBN-13 : 978-3958411197

Juristischen Hochschule des MfS in Potsdam-Eiche eine Gruppendissertation über die „Herausbildung feindlich-negativer Handlungen von DDR-Bürgern“ – ein geheimpolizeiliches Thema, kein medizinisches. Das Mitwirken an diesem zweifelhaften Forschungsprojekt charakterisiert er beschämt als „Tiefpunkt meiner Zugehörigkeit zum MfS“. Diese rigorose Einschätzung scheint neu zu sein. Denn den zweiten Doktorgrad führte Horst Böttger auch nach der Wiedervereinigung weiter und ohne das Kürzel „jur.“. Den Patienten seiner Privatpraxis dürfte der Doppel-Dr. auf dem Klingelschild als Beleg für

eine besonders hohe fachliche Qualifizierung ihres Arztes gegolten haben.

1987 versetzte das MfS Böttger an die Sektion Kriminalistik der Humboldt-Universität. Dort übernahm er nach dem Ausscheiden von Professor Ochernal als Offizier im besonderen Einsatz (OibE) die Leitung des Fachbereichs forensische Psychiatrie. Entgegen der Angaben in seinem Ego-Text bezüglich der Begutachtungen „nun ausschließlich“ für das DDR-Innenministerium gearbeitet zu haben, erstellte er neben seiner Tätigkeit an der Juristischen Fakultät bis kurz vor dem politischen Wendeherbst

in der DDR im Auftrag der MfS-Hauptabteilung IX weitere forensische Expertisen für das HKH. Zum 31. Dezember 1989 schied Horst Böttger auf eigenem Wunsch aus dem in Auflösung begriffenen Amt für Nationale Sicherheit aus. Als „Abschiedsgeschenk“ der Modrow-Regierung erhielt der Oberstleutnant eine kleine fünfstellige Summe DDR-Mark als sogenannte Übergangsbeihilfe ausbezahlt.

Peter Erlar

Schwarzbuch Putin

Auf der Spur der Dokumentation kommunistischer Verbrechen und die Machtübernahme des ehemaligen KGB-Agenten Putin. Galia Ackerman und Stéphane Courtois legten am 26.01.2023 das „Schwarzbuch Putin“ vor. „Die erste vollständige Version des „Schwarzbuchs“ erschien 1992 in deutscher Sprache. Sein Herausgeber Arno Lustiger dokumentierte minutiös, was Stalin verschweigen wollte: Das Martyrium der Juden und ihren Beitrag zum Sieg über den Faschismus. Lustiger erwähnte eine der Begründungen ihrer Verfolgung unter Stalin: Die Juden würden die Abtrennung der Krim betreiben, um auf der Halbinsel eine jüdische Republik zu installieren. Stalins Nachfolger Chruschtschow schenkte sie der Ukraine.“ Quelle: F.A.Z.



.....
Galia Ackerman, Stéphane Courtois Hg.: Schwarzbuch Putin. Übersetzt von Jens Hagedstedt, Ursula Held, Jörn Pinnow, Nadine Püschel, Barbara Sauser, Thomas Stauder, Elisabeth Thielicke, Piper Verlag 2023, 512 Seiten, ISBN 978-3-492-07098-0

Welche Tätigkeiten übte er dort vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion aus? Wie schaffte es dieser bescheidene Oberstleutnant an die Spitze der Macht? Warum entfachte er mehrere mörderische Kriege? Woher kommt seine Obsession für die Eroberung der Ukraine? Und selbst wenn er eines Tages seine Position verlieren sollte, würde sich sein Regime nicht halten?

Das „Schwarzbuch Putin“ liefert Antworten auf diese und weitere drängende Fragen von den renommiertesten internationalen Expertinnen und Experten für Russland und den Kommunismus.

Mit exklusiven Beiträgen von Katja Gloger, Claus Leggewie und Karl Schlögel.

<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/buecher/schwarzbuch-putin-die-machtuebernahme-des-ehemaligen-kgb-agenten-18465727.html>

Am 24. Februar 2022 schickte Wladimir Putin seine Armee gegen die Ukraine in den Krieg und traf damit eine Entscheidung, die das politische und ökonomische Gleichgewicht der ganzen Welt ins Wanken brachte. Der russische Angriffskrieg bringt unzählige menschliche Tragödien und immense materielle Zerstörung mit sich, und er wirft eine zentrale Frage auf: Wer ist Wladimir Putin, dieser Mann, der sich weigert, Lehren aus dem Zusammenbruch der Sowjetunion zu ziehen, und der von der Rückkehr zu den Grenzen des Zarenreichs und der Wiedereinsetzung eines Regimes träumt, das sich der totalitären Methoden des Stalinismus bedient? Wie wurde dieser Mann, der 1952 in Leningrad in einfachen Verhältnissen geboren wurde, ausgebildet? Warum war er schon in jungen Jahren von der „heroischen“ Idee fasziniert, für den KGB zu arbeiten?

UOKG-Beratungsstelle

Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
 Fax (030) 55 77 93 40

Martina Kegel, Juristin
 Di, Mi, Fr, 10–12 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 53, E-Mail: kegel@uokg.de

Cornelia Kurtz
 (Thema DDR-Zwangsadoption)
 Mo, Do, Fr, 10–14 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 54, E-Mail: kurz@uokg.de

Magdalena Kuhn, Dipl.-Psych.
 Mo, Mi, Fr, 10–12 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 52, E-Mail: kuhn@uokg.de

Tanja Germer, Dipl.-Päd.
 Mo, Fr, 10–12 Uhr
 Tel. (030) 57 79 87 39, E-Mail: germer@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird eine telefonische Anmeldung empfohlen. Termine nur nach telefonischer Absprache.

Das Projekt wird gefördert vom Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestr. 103, Haus 1
 10365 Berlin, Tel. (030) 55 15 28 58
 E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Telefonische Sprechzeiten

Elke Weise, Juristin
 Di, 11–17 Uhr; Do, 11–17 Uhr
 Freitag nach Vereinbarung
 Für persönliche Beratungen wird eine telefonische Anmeldung empfohlen.

Hinweis des BSV-Fördervereins

Wegen diverser Nachfragen ergeht folgender Hinweis: auch wenn der BSV-Förderverein demnächst schließen wird, erscheint der STACHELDRAHT uneingeschränkt weiter! Der BSV wird seine Mitherausgeberschaft an die UOKG abtreten, die dann der alleinige Herausgeber der Zeitschrift sein wird. Deshalb der dringende Aufruf: Daueraufträge und **Überweisungen ab dem 01. Mai. 2023** nur noch auf das Konto der UOKG:

UOKG-Spendenkonto für Abonnements und Spenden:

IBAN DE79 1007 0024 0734 2728 00

BIC DEUTDE33HAN

Verwendungszweck

„ABO“ oder „Stacheldraht-Spende“

Bestehende Daueraufträge an das bisherige Konto des BSV bitte rechtzeitig bei der zuständigen Bank abändern lassen.

Elke Weise

Juristin, BSV-Förderverein für Beratungen

Der BSV gratuliert seinen Mitgliedern, die im März und April Geburtstag haben

Silvia Stimming am 23. April, Dieter Genoske am 25. April, Willy Bleschke, Bernd Jugendheimer am 27. April, Reinhard Nedlitz am 4. Mai, Käthe Zemke am 14. Mai, Heinz Borkenhagen am 16. Mai, Bernd Gutermuth, Wolfgang Stieber am 22. Mai

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet oder ihn abonniert haben

Manfred Langkath, Dr. Heinz Steudel, Klothilde Baier, Dagmar Pietzsch, Roswitha Wischniewski, Michael Teltz, Klaud und Christine Fischer, Peter Menzel, Michael Striss, Norbert Sommer, Uwe Behne, Erik Hofmann, Siegfried und Renate Schöne, Angelika Ducke, Horste und Sieglinde Opitz, Roland Steinbach, Rolf und Dagmar Leonhard, Heinz Schulze, Fritz und Regina Lessmüller

Das Zitat

„Je geringer die politische und ökonomische Freiheit, desto größer wird die kompensatorische Tendenz zu sexueller Freiheit sein. Und der jeweilige Diktator wird gut beraten sein, diese Freiheit zu fördern...“

Aldous Huxley: *Schöne neue Welt*. Ein Roman der Zukunft, S. Fischer Verlag 2021, 9. Aufl., S. 309.

Da lacht der Klassenfeind

„Fritz Köhler“ belastet andere Strafgefangene, aber noch zu allgemein. Obwohl er über ein ausgezeichnetes Faktengedächtnis verfügt, kann er sich z.B. an konkrete Äußerungen der SG nicht erinnern. Ähnlich sieht es mit Namen aus.

(BV-Eft, AIM 1562/81)

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Tel. (030) 55 77 93 51, Fax -40
Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 23
Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
Internet: www.uokg.de
E-Mail: Info@uokg.de

UOKG-Spendenkonto für Abonnements und Spenden:
IBAN DE79 1007 0024 0734 2728 00
BIC DEUTDE33HAN
Verwendungszweck
„ABO“ oder „Stacheldraht-Spende“

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Dr. Henning Pietzsch, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin,
Tel. (030) 26 55 71 20 (die telefonische Erreichbarkeit der Redaktion ist eingeschränkt)
E-Mail: der-stacheldraht@uokg.de

An- und Abmeldungen für den Versand des Stacheldrahtes bitte, wenn möglich, auf elektronischem Weg per Mail.



Gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien

Herstellung: Satzherstellung Neymanns, Föttingerzeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24,
E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis 1,- Euro

Bezug über die Redaktion [mailto: der-stacheldraht@uokg.de](mailto:der-stacheldraht@uokg.de)

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.

Redaktionsschluss Ausgabe 3/23: 14. April 2023

Redaktionsschluss Ausgabe 4/23: 12. Mai 2023

Der Stacheldraht: ISSN 2748-4041 (Print), 2751-0182 (Online)

